

Danziger Zeitung



№ 14956.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspalt 1884.

1884.

Abonnements auf die Danziger Zeitung pro Dezember nimmt jede Postanstalt entgegen, in Danzig die Expedition, Rethhergasse Nr. 4.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. November. (Privat-Telegramm.) Bei der heute begonnenen ersten Lesung des Etats an der Reichstagskammer des Reichstags, das laufende Jahr werde mit einem Deficit von 14 1/2 Millionen Mark abschließen. Die Mehrausgaben betragen 2, die Mindereinnahmen 12 1/2 Millionen Mark. Die Mindereinnahme bei der Zuckersteuer beläuft sich auf netto 12 Millionen Mark.

Telegr. Nachrichten der Danz. Zeitung.

Wien, 26. November. Heute hat vor dem Ausnahmegericht der Prozeß gegen die 20 Anarchisten begonnen, welche anarcho-revolutionäre Flugblätter mittelst einer geheimen Druckpresse erzeugt und verbreitet. Die Anklage stützt sich auf theils umgehende, theils partielle Geständnisse der Angeklagten. Die Mittheilung der in der Anklage erwähnten Flugblätter erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen.

Rom, 26. November. Dem „Popolo Romano“ zufolge haben die Minister Depretis und Mancini die ihnen vom Könige zugeordnete Medaille für die Hülfsleistung während der Cholera abgelehnt, weil die Diplome von Depretis contraignirt sein müßten und weil ihnen das Bewußtsein genügt sei, die Zufriedenheit des Königs verdient zu haben, dessen humanem Beispiel sie nur gefolgt seien.

Politische Uebersicht.

Danzig, 27. November.

Gleich die erste, die gestrige Sitzung, mit welcher der neue Reichstag seine thätlichen Arbeiten begann, hat zu einem Aufeinanderstoßen der vorhandenen Gegensätze geführt, wie es charakteristisch für die ganze parlamentarische und politische Situation, in welcher wir uns befinden, nicht gedacht werden kann. Es ist, als wenn der Herr Reichskanzler die Zeit kaum hat erwarten können, wo er seinen tiefen Groll gegen die Oppositionsparteien und seiner Gebitterung über den Ausfall der Wahlen Worte vernehmen konnte. Ueberraschend sind seine immer wachsenden, immer ungerechteren Angriffe gegen die Liberalen nicht mehr; sie sind ebenso nur eine Fortsetzung seiner früheren Feindschaft gegen alles, was selbstständig aufzutreten wagt, wie seine steigende Nichtachtung des Reichstages nur die folgerichtige Weiterentwicklung der autoritären Richtung ist, in welcher er sich nunmehr seit Jahren bewegt und welche den nie ganz verleugneten innersten Grundzug seines ganzen Wesens abgibt.

Als Fürst Bismarck gegen Ende der vorigen Legislaturperiode sein schweres Geschick gegen die entgegengesetzten Liberalen aussprach, als er die National-liberalen durch schmeichelhafte Complimente den Uebergang in das conservative Lager erleichterte, da wurde es klar, was er wollte: Die Wahlen sollten die Freisinnigen vernichten und die National-liberalen und die conservativen Parteien so stärken, daß dieselben die Mehrheit bildeten, eine Mehrheit, die für alles, was die Regierung wollte, zu haben gewesen wäre. Dieser Plan ist dem Reichskanzler trotz seiner Macht nicht gelungen. Die Freisinnigen sind geschwächt, aber nicht so sehr, daß sie nicht einen festen und erfolgreichen Widerstand leisten könnten. Fürst Bismarck kann auch heute nicht, wie er will; daher sein erhöhter Grimm, daher die Ausdrücke: „Republikaner und Demokraten“, daher die Vorwürfe der Reichsfeindschaft, die er den Deutsch-freisinnigen entgegenzuschleudern sich veranlaßt fühlte, und das Beginnen, ihnen das Prädikat „deutsch“ sowohl als „freisinnig“ abzuspochen.

Nun wir können uns der weiteren Kritik dieses Auftretens enthalten. Die Redner, welche gestern aus der Mitte der mit solchen Waffen angegriffenen Parteien, namentlich der deutsch-freisinnigen, auftraten, haben dem Herrn Reichskanzler die gebührende Antwort gegeben und auch diese Erwiderungen werden im Volke gehört werden, wie einer von ihnen bemerkte: „Der Reichskanzler ist ein Patriot, wir beanspruchen als Männer, daß er auch unsere patriotischen Empfindungen achtet und nicht so verlebe, wie er es heute gethan (widerum gethan, hätte es heißen können). Das deutsche Volk wird wissen, was es von diesen in zu großer Leidenschaftlichkeit gesprochenen Worten des Reichskanzlers zu halten hat.“

Der Diätenantrag der Deutschfreisinnigen selbst, welcher den Anlaß zu den erregten Erörterungen über den Werth oder Unwerth des Reichstages für die Entwidlung der nationalen Größe und Einheit gegeben hatte, wurde mit großer Majorität angenommen, angenommen trotz der Wucht, mit welcher der Reichskanzler dagegen eingetreten war. Nur die beiden conservativen Fractionen votirten mit Nein; aber nicht einmal die Nationalliberalen waren geschlossen dagegen zu haben, ein weiterer Beweis für die Machtlosigkeit der mittelparteilichen Combination. Es ist damit zum achten Male anerkannt worden, daß die Diäten eine in den socialpolitischen Verhältnissen gegebene Nothwendigkeit sind, daß die Verfassung der Diäten mehr und mehr zu einer unnatürlichen Zusammenfügung des Reichstages drängt, zu einem künstlich hergestellten Uebergewicht der bestehenden Klassen, der Großgrundbesitzer, der Großindustriellen u. s. w., und zu einer langsam aber stetig zunehmenden Zurückdrängung des Bürgerstandes, des eigentlichen Kerns der Nation, während auf der äußersten Linken die Socialdemokratie einen immer breiteren Raum einnimmt. Mag der Bundesrath den freisinnigen Antrag annehmen oder ablehnen, auf alle Fälle hat die einzige Partei, welche zur

Zeit rückhaltlos die liberale Sache vertritt, das Bewußtsein, daß sie bei Zeiten ihre Stimme erheben, vor den Gefahren der Zukunft gewarnt und die Mittel zur Beseitigung derselben in Vorschlag gebracht hat.

In sachlicher Beziehung überraschend war die gestrige Geschäftsordnungsdebatte am Schluß der Sitzung, insofern Staatsminister v. Bötticher dieselbe benutzte, um die socialdemokratischen Anträge wegen Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes sachlich zu kritisieren. Der Minister stellte die Ablehnung der Anträge in Aussicht, gab aber zugleich eine Andeutung darüber, wie den Mitgliedern der freien Hilfskassen geholfen werden könne, welche am 1. Dezember den Zwangs-kassen zufallen, weil bis dahin die Genehmigung der neuen Statuten nicht erfolgt ist. Man könne, meinte er, gesetzlich feststellen, daß diesen Mitgliedern nachher der Rücktritt in die freien Kassen offen stehe, sobald diese den Voraussetzungen des Krankenversicherungsgesetzes entsprechend reorganisiert seien. Ist das aber die Absicht, so ist nicht abzusehen, weshalb diese Mitglieder der freien Kassen zunächst in die Zwangs-kassen eingefügt werden sollten.

Eine neue Probe conservativer Gesetzgebungs-kunst ist die schon heute Morgen telegraphisch gemeldete Wiederaufnahme des Geschäftssteuerentwurfs, welcher seitens des Bundesraths kurz vor Schluß der Session dem vorigen Reichstage als Schaustück und Leinwand für die Wahlen vorgelegt war, und die Einbringung desselben als eigenen Antrags. Nachdem die Reichsregierung es von der Hand gewiesen, durch eigene Steuervorlagen die Mittel zur Deckung des Deficits im Etat zu finden, kommt die conservative Partei großmüthig als Retterin in der Noth, um helfend einzugreifen, aber nicht etwa durch eigene schöpferische Gedanken, sondern indem sie einfach ein in seiner praktischen Undurchführbarkeit schon längst allgemein anerkanntes Project wieder ausgräbt und fast ohne einen Strich für die Verbesserung desselben gelhan zu haben, präsentiert. Bequemer konnte man es in der That nicht wohl machen und sich selbst kein passenderes Zeugnis für das legislatorische Können ausstellen.

Die Ausschussberatungen des Bundesraths über die Postparafsen gestalten sich, wie unser A-Correspondent schreibt, immer umfangreicher. Wie Preußen so hat auch Württemberg eine lange Reihe tiefgreifender Anträge eingebracht und zum Theil durchgeführt. Es heißt, daß der letztgedachte Staat von der Annahme dieser Anträge eine Zustimmung zu dem Gesetze abhängig macht, während Bayern und Sachsen bei ihrer ablehnenden Haltung verharren. Jedenfalls wird der Gegenstand im Bundesrathe sehr erhebliche Abänderungen erfahren und auch mit solchen ist nach allem, was man hört, die Zustimmung des Reichstages zweifelhaft.

Ein Stückchen von sächsischem Particularismus wird aus der Oberlausitz berichtet. Das liberale Wahlcomité und der Vorstand des conservativen Vereins im 2. sächsischen Reichstagswahlkreise, gez. Rosig von Lehrenfeld und R. C. Hähnel, veröffentlichten folgenden originellen Dant:

„Herzlichen Dank den Wählern des 2. sächsischen Reichstagswahlkreises, welche mit so viel Eifer, Energie und Aufopferung für die Sache der Ordnung und des wahren Fortschritts eingetreten sind, daß trotz der preussischen Hilfe, welche von der Gegenpartei angerufen wurde, nur eine winzige Stimmenzahl zur Erreichung eines vollständigen Sieges fehlte. Bleiben wir unsern nationalen Prinzipien getreu, stehen wir auch fernerhin einträchtig zusammen, wo es gilt, gegen die das Wohl des Volkes schädigende Partei der Hetzen Verneinung Front zu machen und wir werden das nächste Mal den Sieg an unsere Fahne fesseln!“

Abgegeben von dem rühmredigen Tone in dieser Proclamation einer unterlegenen Partei, welche kein Mittel, selbst nicht den Antisemitismus unverfugt gelassen hat, um über den Kandidaten der deutschfreisinnigen Partei zu siegen, für den die Mehrzahl der jetzt gegen ihn aufgetretenen National-liberalen noch vor drei Jahren gestimmt hat; abgegeben von der Anklage, die Fortdauer der Verbrüderung zwischen den Heidebergern und reactionären Conservativen im 2. sächsischen Wahlkreise, ist diese Danksagung wegen des sich darin breitmachenden sächsischen Particularismus von besonderem Interesse. „Trotz der preussischen Hilfe, welche von der Gegenpartei angerufen wurde“, hat den „ihren nationalen Prinzipien getreu“ zur Wahl Dr. Pfeiffers Verbündeten „nur eine winzige Stimmenzahl zur Erreichung eines vollständigen Sieges gefehlt“ — schreibt das liberale Wahlcomité und der Vorstand des conservativen Vereins, und giebt damit nicht unbedeutend zu verstehen, daß die deutschfreisinnige Wählerchaft des Reiches ihren Sieg einer fremden Mithilfe verdanke, die ein guter Sache anzunehmen, geschweige denn anzuerkennen eigentlich patriotische Bedenken tragen müßte. Die „preussische Hilfe“ hat darin bestanden, daß der Reichstagsabgeordnete des benachbarten preussischen Wahlkreises, C. Lüders, vor der Stichwahl in einigen Druckschriften des Lobes Reiches die Wähler darüber aufklärte, daß die von gegnerischer Seite verbreiteten Mittheilungen über das Wesen und die Thätigkeit der deutschfreisinnigen Partei Märchen waren. Diese Aufklärung mag freilich den Verbündeten unangenehm gewesen sein; daß sie sich den Verdruß so merken lassen, ist aber eine große Schwäche, deren sich der für das liberale Wahlcomité unterzeichnete langjährige Führer der Lobauer Nationalliberalen, Rechtsanwält Rosig v. Lehrenfeld, füglich nicht hätte schuldig machen sollen.

Der hessische Landtag ist gestern von dem Großherzog im Schloße mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher als die Aufgabe des Landtages die Förderung der landwirthschaftlichen Interessen, namentlich in Rücksicht auf die ungünstige Lage der Landwirtschaft, betont wird. Es stehe eine Vorlage über die Zusammenlegung der Grundstücke

bevor, und außerdem werde eine solche über das landwirthschaftliche Genossenschaftswesen und die Benutzung der Wasserläufe vorbereitet. Den Landtag werde die Entwässerung des Nidds und der Schutz der Rheiniederung gegen Ueberschwemmung beschäftigen, auch gestalte die Lage der Finanzen zwei großen Aufgaben näher zu treten: der Errichtung einer Central-Strafanstalt und von Gebäuden für die Kliniken und medizinischen Institute in Gießen. Eine mäßige Herabsetzung des Steuer-ausschlages könne ins Auge gefaßt werden.

Die belgische Repräsentantenkammer hat gestern die Discussion der Interpellation Frère-Orban über die innere Politik der Regierung beendet und nahm mit den Stimmen der Rechten gegen diejenigen der Linken eine Tagesordnung an, in welcher die Kammer ausspricht, daß sie durch die Erklärungen der Regierung befriedigt ist.

Der neulich aufgewauchte Conflict zwischen Frankreich und Marokko geht einer friedlichen Lösung entgegen. Wie man aus Gibraltar meldet, wird in kurzem in Tanger ein außerordentlicher Gesandter des Sultans von Marokko eintreffen, mit dem Auftrage, die Forderungen der Franzosen zu befriedigen.

Es heißt, daß die Beziehungen zwischen Lord Northbrook und seinen Collegen im englischen Cabinet so gespannter Natur geworden sind, daß der Rücktritt des Chefs der Admiralität nicht unwahrscheinlich ist. Auch bezeichnet die „Daily News“ die gestrige Mittheilung der „Times“, daß die Regierung die Vorschläge betreffs eines Arrangements über die ägyptischen Finanzverhältnisse den Mächten bereits habe zugehen lassen, als unrichtig, dieselben seien den Mächten noch nicht unterbreitet, es werde dies erst nach der nächsten Sitzung des Cabinetrathes erfolgen. Dies verstärkt die Annahme, daß es im Ministerium wegen der ägyptischen Finanzfrage doch zu einer theilweisen Krisis kommen wird.

Von der Gesamtstreitkraft von 65 Compagnien Infanterie, welche die Mil-Expedition bilden, befinden sich jetzt 21 zwischen Wady Halka und Dal und der Rest bewegt sich stromaufwärts in einem stetigen Marche nach dem ersten Orte. Von denjenigen Truppen, die bereits in Dongola, dem Sammelplatze, angelangt sind, sollte bereits am 25. November ein vorläufiger Vorstoß bis zu einer 20 Meilen südlich gelegenen Stelle gemacht werden. Es ist dies der erste Vorstoß britischer Truppen über Dongola hinaus; er wird indeß nicht als eine Angriffsbewegung gegen die Streitkräfte des Mahdi beabsichtigt, oder als der Anfang eines allgemeinen Vordrückens, sondern man entschlöß sich lediglich zur Bewegung wegen des Vordrückens der Platten unter den dortigen Eingeborenen.

Von Nordafrika sind verschiedene Meldungen in Dongola eingegangen, die Bazaris sind voll von Gerüchten, es ist aber zweifelhaft, ob irgend eines derselben für glaubwürdig gehalten werden kann. Meistentheils ist es unmöglich, dem Ursprung derselben auf die Spur zu kommen. Andererseits wiederholen sich beharrlich die Meldungen, daß die Cholera dort grassirt und große Entmutigung herrscht. Dann wiederum wird behauptet, der Mahdi treffe große Vorbereitungen, um dem Vordringen der Engländer Widerstand zu leisten, und daß er Ermahnungen an alle Stämme erlassen hat, ihre Streitigkeiten beizulegen und sich gegen die Ungläubigen zu vereinigen.

Auch Osman Digma, der Führer der Rebellen im Osten, tritt wieder mit größerem Nachdruck auf. Es sind von ihm strenge Maßregeln ergoffen worden, um allen Zu- und Ausgang von Suakin abzuschneiden. Es schließen sich ihm noch immer

Reichstag.

3. Sitzung vom 26. November.

Nachdem das Haus den Antrag Kaiser wegen Sistirung des Strafverfahrens gegen den Abg. Feine angenommen, tritt es in die erste Beratung des von den Deutschfreisinnigen gestellten Antrages, unter Aufhebung des Art. 32 d. Verf. die Einführung von Diäten und Reisetkosten für die Abgeordneten zu beschließen.

Abg. v. Stauffenberg: Die Diätenlosigkeit ist eine Abweichung von der deutschen Rechtskraft, zugleich ist sie eine erhebliche Beschränkung der Wahlfreiheit und nimmt, was man mit der einen Hand durch das allgemeine Wahlrecht gegeben, mit der anderen zu einem recht bedenklichen Theile zurück. Wer hat nun das Hauptinteresse an einer solchen Beschränkung der passiven Wahlfreiheit? Man wollte durch Art. 32 die Socialdemokraten ausschließen. Aber kein einziger socialdemokratischer Abgeordneter ist durch den Mangel an Diäten abgehalten worden, hier seinen Sitz einzunehmen, da gerade in diesen Kreisen eine Organisation und Oxydation der Reichstagsarbeit sich sehr wohl zum Nutzen nehmen könnten. Das größte und stärkste Interesse an dieser Frage hat der gesamte Mittel- und Bürgerstand. Die Vermögensverhältnisse der mittleren Stände, besonders in Süddeutschland, sind derartige, daß die ihnen Angehörigen am allergeringsten sich bereit finden lassen und lassen können, die Last eines Reichstagsmandats zu übernehmen. Als die Sache im norddeutschen resp. constituirenden Reichstag verhandelt wurde, sagte Graf Schwerin sehr treffend: „Die Verlegung der Diäten ist ein Akt, der das allgemeine Wahlrecht in ungerechtfertigter Weise beschränkt, indem er voraussetzt, daß die einzige Bedingung, die für die Wahlfähigkeit nur gelten sollte, Intelligenz und Charakterfestigkeit, sich immer mit dem Geldbeutel deckt. Diese Voraussetzung trifft unzweifelhaft nicht ein.“ Wenn Sie, meine Herren, die Zusammenfassung des Reichstages nicht nur in dieser, sondern auch der vergangenen Legislaturperiode erwägen, so werden Sie die Ueberzeugung gewinnen, daß die Vertretung der gesamten Interessen des Volkes sich wenigstens in der persönlichen Stellung der Abgeordneten in keiner Weise ausdrückt. Wenn Sie daraus entnehmen, daß J. B. in der gegenwärtigen Legislaturperiode nach einer oberflächlichen Zählung die Zahl der Großgrundbesitzer ca. 130 beträgt, so würde man ja zu der Ueberzeugung gedrängt sein, daß alle Interessen des Staates, die wirthschaftlichen und politischen, hauptsächlich von dem Standpunkte der Großgrundbesitzer die geeignete Vertretung finden. Das ist nun aber ganz unzweifelhaft nicht der Fall. Schon 1873

sagte ich voraus, daß die Mittelstände aus diesem Laufe verschwinden und dann die Aristokratie des Geldes und die Socialdemokratie einander unermittelt gegenüberstehen werden. Auf dieser schiefen Ebene befinden wir uns bereits. Von selbst vertheilt sich, daß die Diäten keine Einnahmequelle, sondern nur eine Entschädigung der wirklichen Ausgaben sein sollen. Unzweifelhaft ist durch die Fahrten ein Theil der Beschwerden wenigstens gemildert und vielleicht ist deshalb seit 1875 oder 1876 über Diäten hier nicht mehr eingehend verhandelt worden. Als zum ersten Male erörtert wurde, ob die Karten unbefristet oder bloß für die Reise vom Wohnort nach Berlin gegeben werden sollten, entschied man sich trotz aller Gegenstände für das erstere und in allen Etatsberatungen sind die Fahrten bewilligt seit 1874 ohne Ausnahme bis auf die jüngste Zeit. Es könnten ja nun jetzt Gründe für eine Beschränkung sprechen, denen sich der Reichstag und sein Vorstand sicher nicht verschließen würden. Aber die Art und Weise, wie die Sache jetzt ausgeführt worden ist, ist doch bedenklich befallig unseres ganzen Staatsrechts. Denn wenn eine einseitige Veränderung an einer Etatsposition so ohne Weiteres zulässig sein soll, so würde nicht bloß bei dieser, sondern auch bei allen anderen Positionen unter Staatsrecht auf sehr schwachen Füßen stehen. (Sehr richtig! links.) Bis her war es immer noch Sitte, in einer derartigen Frage sich mit dem Reichstag ins Benehmen zu setzen. Zum ersten Male wird jetzt über den Kopf des Reichstages hinweg mit außerordentlicher Hast die neue Maßregel angeführt. Die Sache hat an und für sich eine untergeordnete Bedeutung, und ich würde sie nicht erwähnt haben, wenn sie nicht eine signatura temporis wäre, eine Clappe auf dem Wege, welcher mit andern Maßregeln zusammen darauf hinausführt, das Ansehen dieses hohen Hauses einzuschränken. Das deutsche Reich beruht nicht bloß auf der Einigung seiner Fürsten und seiner Arme, es beruht gerade so auf diesem hohen Hause, auf der Einigung aller deutschen Volksstämme. Das Ansehen des deutschen Reichstages ist die Grundlage für die ganze geistliche und ruhige Entwicklung unserer Zustände. Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen unseren Antrag. (Beifall.)

Abg. Graf Udo Stolberg tritt für die Diätenlosigkeit als ein Correctiv des allgemeinen Wahlrechts ein. Die Conservativen werden insgesammt gegen den Antrag stimmen.

Abg. v. Benda: Die Nationalliberalen sind von Anfang an getheilter Ansicht über die Diätenfrage gewesen. Ein Theil derselben wird für, ein anderer gegen den Antrag stimmen.

Abg. Auer (Soe.-Dem.) tritt für die Ertheilung der Diäten im Interesse der Gerechtigkeit ein. Die Beschlußunfähigkeit würde durch die Diäten vermieden; aber man will ja gerade in gewissen Kreisen das Ansehen des Reichstages draußen beim Volk niederdrücken. Als Ausfluß dieser Betrübnisse ist auch die Maßregel wegen der Fahrten anzusehen. Es soll eben dem Reichstag nur wieder einmal fühlbar gemacht werden, daß über ihm eine Macht steht, von deren Gnade er abhängt. Meine Freunde und ich aber erklären überall, wo die Würde des Reichstages herabgedrückt werden soll, dem eiserernen Kanzler häßlichen Widerstand! (Beifall links und bei den Socialdemokraten.)

Fürst Bismarck: Ich bin nun nicht der Ansicht, daß die Entziehung der Freiheit, nach Belieben, ohne Bezahlung auf privaten und öffentlichen Eisenbahnen hin und her zu fahren, die Würde des Reichstages irgendwie beeinträchtigen sollte; ich bin vielmehr der Meinung, daß der Mißbrauch dieser Karten den Reichstag in dem öffentlichen Ansehen herunterdrückt. Die Karten werden doch nur in dem Vertrauen ausgehellt, daß sie wesentlich zur Ausgleichung der Ungleichheiten benutzt werden würden, die die Entfernung des Wohnortes des Abgeordneten vom Sitz des Reichstages mit sich bringe. Ein Mißbrauch ist es jedenfalls, wenn ein Abgeordneter während einer Sitzungsdauer von 8 Monaten mit dieser Freifahrt über 17 000 Kilometer auf den deutschen Eisenbahnen zurückgelegt hat — ein einziger, und zwar kein Socialdemokrat — (hört! hört!); wenn andere Abgeordnete dem nahe gekommen sind mit 10 bis über 12 000 Kilometer. Das Budgetrecht ist nicht verletzt. Der Regierung ist die Befugnis ertheilt worden, bis zu einem gewissen Maximalbetrage Gelder für die freie Fahrt der Reichstagsmitglieder auszugeben, aber es ist keineswegs ihr die Verpflichtung auferlegt, von diesem Recht in einem bestimmten Umfange für jeden Einzelnen Gebrauch zu machen. Wenn Sie sagen: kleine Geschenke erhalten die Freundschaft, — dazu muß die Freundschaft erst vorhanden sein. (Weiterkeit.) — Was die Diätenfrage anbelangt, so hat mich zuerst überrascht, daß der Antrag, der uns hier beschäftigt, von so sehr viel Berlinern unterzeichnet ist. (Weiterkeit.) Es sind unter einigen 50 Antragstellern 24 Berliner. (Weiterkeit.) Ich möchte glauben, daß gerade die Berliner am wenigsten der Diäten bedürftig sein sollten. Wenn überhaupt Diäten bewilligt werden sollten — und ich stehe gar nicht der Frage so verschlossen gegenüber, wie Sie glauben mögen — so würde die erste Bedingung sein, daß derjenige, der in Berlin wohnt, keine Diäten bezieht. Vamberger hat in seinem Buch „Deutschland und der Socialismus“ das Ansehen der Socialdemokratie der Benutzung der Freifahrt zugeschrieben. Ich bin über diese Vergrößerung gar nicht unglücklich. Je größer die Zahl der socialistischen Abgeordneten wird, desto mehr wird ihnen die Ehrenpflicht obliegen, doch bald mit positiven Plänen hervorzutreten und zu sagen, wie sich in ihren Köpfen die Zukunft der Welt und die Verfassung gestaltet. Sie sind jetzt 25; das zweite Dutzend haben sie also; ich will ihnen noch das dritte geben; wenn sie aber 36 sind, erwarte ich mit Sicherheit, daß sie ihren vollen Operationsplan zur Verfassung, wie sie sein soll, entwerfen; sonst glaube ich, sie können nichts. (Weiterkeit.) Der Grund, warum ich die Diäten bekämpfe, liegt mehr darin, weil sie weit entfernt sind, eine Gleichheit herzustellen, weil sie erst recht eine Ungleichheit unter dem Schein der Gleichheit schaffen. Für den Berliner sind die Diäten eine reine baare Zulage. Für die übrigen, die nicht in Berlin wohnen, sind es ja zum großen Theil doch nicht die Kosten des Aufenthalts in Berlin, die ihnen das größte Opfer auferlegen, sondern die Abwesenheit aus ihrem eigenen Beruf. Die alleinigen Kosten des Aufenthalts in Berlin sind so theuer nicht, das zeigen die Herren, die Parteidiäten, ich möchte sagen, die verschämte Diäten beziehen. Ich würde es für einen erfreulichen Beweis von Offenheit halten, wenn die Herren, die in der Lage sind, es offen erklären, und wenn die Herren Spender das auch sagten, damit man ungefähr beurtheilen kann; wird dadurch ein Abhängigkeitsverhältnis eines Abgeordneten vom anderen geschaffen? Ja, dann, glaube ich, möchte doch die Beziehung der Situation zum Strafrecht zweifelhaft werden; jedenfalls glaube ich, daß der Abgeordnete, der Diäten aus irgend einer Quelle bezieht, wenn es amtlich constatirt wird, die Eigenschaft als Abgeordneter dadurch ipso iure, auf Grund der Verfassung verliert. Ist es denn überhaupt in unserem deutschen Reich und im preussischen Staat so unethisch, daß Jemand gratis etwas

Leisten muß? Welche ungeheure Belastung liegt in der Function als Reichstagsmitglied! Was ich hier vertritt, ist ausschließlich die Reichsversammlung und ihre Giltigkeit. Es ist schon mehrfach erwähnt, daß die Verfassung in diesem Punkte compromittirbar ist, und daß die Diätenlosigkeit ein Aequivalent für die weit ausgedehnte Wahlbefugnis, die unser Wahlgesetz verleiht, geben sollte. Nun sind Sie seit Jahren bemüht, einen von solchen Steinen, aus denen das Gewölbe der Verfassung künstlich und nicht ohne Mühe gefügt ist, herauszutragen. Sind Sie sicher, daß nichts nachfällt? Sind Sie sicher, daß da überall noch die Bereitwilligkeit vorhanden ist, das Compromiß, das man damals schloß, als das Eisen heiß genug war, um es zu schmieden, auch heute noch wieder einzugehen, wenn nicht von allen Seiten die Bedingungen gehalten werden, unter denen es zu Stande gekommen ist? An der Verfassung zu rütteln ist nicht ohne Gefahr, und ich glaube, es ist nicht Sache des Reichstags, gerade mit dem Beispiel voranzugehen. Was würden Sie sagen, wenn der Bundesrath alle Jahre mit einer Vorlage wiederkäme, die Sie im vorigen Jahre abgelehnt hätten, etwa z. B. die Nebefreiheit einzuführen oder das Wahlgesetz zu ändern? Ich sehe der Diätenfrage — abgesehen vielleicht von den in Berlin wohnenden Abgeordneten — nicht feindlich gegenüber, aber nur nicht so unabhängig und an und für sich betrachtet. Es giebt Concessionen, für die wir die Diäten unter Umständen geben; ich brauche sie nicht zu bezeichnen, ich will mein Pulver nicht vor der Zeit verschießen; aber das müssen Sie sich klar machen, daß die Regierungen in eine Zahlung von Diäten nur willigen, wenn sie mit einer organischen Revision des Wahlgesetzes verbunden ist, und das können wir uns leicht verständlich machen (hört! hört! links); wir werden nichts fordern, was in anderen deutschen Staaten nicht längst existierte. Ich möchte der Ueberzeugung der Wirkungen der Diäten entgegenstehen. Von der conservativen Seite legt man der Diätenlosigkeit eine größere Wirksamkeit bei, als sich bisher erfahrungsmäßig erwiesen hat, und von der anderen Seite muß ich annehmen, daß man diese politische Wirkung hochschätze, da ich andere Motive für den Wunsch doch nicht nehmen kann. Ich bin der Meinung, daß man Änderungen der Verfassung nicht ohne zwingenden Grund vornehmen soll. Wenn es an Candidaten für den Reichstag fehlen sollte, so weiß ich nicht, ob das ein zwingender Grund ist. Aber weit entfernt davon, haben wir nicht vielfach drei bis fünf Candidaten für einen Wahlkreis und Stichwahlen zu hunderten gehabt? Es liegt also kein Bedürfnis vor, und ohne Bedürfnis sollte die Verfassung ein Noli me tangere sein. Nehmen Sie diesen Antrag ab, sowie jede andere Verfassungsänderung, für die nicht ein zwingendes Bedürfnis vorliegt. (Bravo!)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Mast: Die Centrumpartei wird auch heute, genau entsprechend dem früher stets angenommenen Standpunkte, nach welchem sie die Diätenlosigkeit als eine unbedingte Bedingung des Wahlrechts ansieht, für den Antrag Ausfeld stimmen. (Beifall links.)

Damit schließt die erste Verathung. In der zweiten Verathung erhält das Wort zu 1., welcher die Aufhebung des Art. 32 der Verfassung auspricht. Abg. Hänel: Ich sehe in den Worten des Reichstagskanzlers die Andeutung der Aufhebung des Socialistengesetzes. (Sehr gut! links.) Der Reichstagskanzler fordert uns nun ferner auf, doch ja die Verfassung als ein Noli me tangere zu behandeln. Daß dem aber der Reichstagskanzler, hat der Bundesrath stets die Verfassung so behandelt? Keineswegs! Namentlich wo es sich um die Rechte dieses Hauses handelt, sind sie jederzeit mit Verfassungsänderungen dabei gewesen; ich erinnere nur an die Entwürfe zur Beschränkung der Redefreiheit, an die zweijährigen Budgets. Und jetzt kommt der Reichstagskanzler, als ob gar nichts geschehen wäre und spricht von einem Noli me tangere? Der Reichstagskanzler beruft sich auf den Umstand, daß Art. 32 gleichsam ein bei der Verfassung der Verfassung zu Stande gekommenes Compromiß sei, an dem nicht gerüttelt werden dürfe. Aber das Thatsächliche entspricht doch dieser Darstellung nicht. In erster Linie hatte der constituirende norddeutsche Reichstag die Diäten angenommen; als es nun galt, ihn zu bestimmen, diesen Beschluß wieder fallen zu lassen, da hat der Reichstagskanzler ausgeführt, die verhandelten Regierungen könnten sich in diesem Augenblicke unter keinen Umständen auf Bewilligung von Diäten einlassen, hätten vielmehr die hohe Veranlassung, die Entscheidung dieser Frage dem Wege der Gesetzgebung zu überlassen, nachdem man im Stande gewesen sein würde, Erfahrungen über die Wirkung des neuen Wahlgesetzes zu sammeln. Damals also war die Eventualität einer Verbesserung auf diesem Gebiete ausdrücklich vorbehalten, der Bundeskanzler hat den Vorbehalt acceptirt und wir haben einfach von unserem Recht Gebrauch gemacht, wenn wir den Antrag Ausfeld eingebracht haben. Der Versuch, den Antrag auf einem Antrag der Berliner zu stempeln, scheint mir doch recht mißlungen und nur herbeigeführt, um ein persönliches Moment in eine rein sachliche Debatte zu werfen. Wären die Antragsteller wirklich ausschließlich Berliner, so wären diese letzteren sehr elchmütige Leute, denn sie haben von dem jetzigen Zustand den Vortheil, sie können den Fall der Diäten mit größerer Leichtigkeit ertragen, als die große Majorität der Abgeordneten aus übrigen Provinzen. Zudem ist doch unser Antrag nur die Reproduktion eines früheren, der von Jahr zu Jahr erneuert worden und mit immer wachsenden Majoritäten nicht weniger als siebenmal angenommen ist! Einen solchen Antrag als im Interesse einer gewissen Partei oder gar bloß einzelner Mitglieder einer Partei gestellt zu kennzeichnen, heißt doch den Thatsachen ins Gesicht schlagen. Die Nothwendigkeit der Diäten liegt in unseren gelammten Anschauungen begründet. Die Diätenlosigkeit steht im Widerspruch mit dem allgemein gültigen Begriff des Ehrenamts, wie er in Deutschland ausgebildet ist. Die eigentliche Dienstleistung wird nicht bezahlt, erliegt aber werden die baaren Auslagen. Unser Antrag geht nicht auf Befriedigung oder Entschädigung. Er verlangt im strictesten Sinne nur Reifeentschädigung und den Ersatz der baaren Auslagen. Außer in Mecklenburg giebt es keine constitutionelle Wahlkammer, die nicht mit Diäten ausgestattet wäre. Wie stehen denn die Vermögensverhältnisse in Deutschland? In Preußen zählen die Einkommensteuerpflichtigen mit einem Einkommen von über 3000 M. nur 2.49 % der Bevölkerung, und auch von dieser kleinen Summe haben nur 29 % ein Einkommen von über 6000 M., ein Minimum, über welches man verfügen muß, um ein Reichstagsmandat übernehmen zu können. Es wird also durch die Diätenlosigkeit die Wahlberechtigung auf eine ganz kleine Vermögensschicht der Bevölkerung reducirt, und daß darin zugleich eine Beschränkung des activen Wahlrechts ist, brauche ich wohl nicht erst aus einander zu setzen. Wir sind geru bereit, ihm entgegenzukommen und in das Gesetz hineinzuschreiben: „Diejenigen Mitglieder, welche in Berlin wohnen, sollen keine Diäten erhalten.“ Der Reichstagskanzler hat dann auch den Fonds der Fortschrittspartei von 1881 angegriffen. Es ist ein vollkommener Irrthum, wenn der Reichstagskanzler oder irgend Jemand annimmt, daß dieser Fonds eine reguläre Einrichtung sei. Es ist im Gegentheil ein Auskunfts-mittel, das wir aus Mangel eines Besseren ergriffen haben und das wir selbst sobald als möglich zu beseitigen streben. Den letzteren Zweck zu erreichen, ist gerade die Annahme unseres heutigen Antrages am geeignetsten. Ebenso widerspricht es ganz direct den Parteibestrebungen, daß mit der Annahme von Diäten aus diesem Fonds ein Mitglied gleichsam an die Partei verkauft werde oder in ein bestimmtes Abhängigkeitsverhältnis trete. Was waren die Reichskarten anders als ein Versuch eines Auskunfts-mittels, der Diätenlosigkeit wenigstens an einer Stelle entgegenzutreten. Die Reichskarten waren unter allen Umständen eine Verringerung der Verfassung, sie waren mit der Verfassung nicht verträglich und die Verfassungsänderung ist nur dadurch geheißen worden, daß ein Gesetz erging, welches im Bundesrath nicht den Widerspruch von 14 Stimmen fand und welches jene Abweichung von der Verfassung legalisirte. Ist es danach sachgemäß, das jetzt einseitig dieser Verfassungsänderung eine ganz andere Wendung gegeben wird? Das vertritt sich nicht mit dem gegenseitigen Verhältniß, in welchem die beiden legislativen Factoren zu einander stehen. Wenn der Reichstagskanzler, wenn die Bundesräthe glauben, daß sie nach ihrem Belieben und Begünstigungen zutheilen oder entziehen können, so ist das unangemessen. Wir sind legislativ ein ihnen

gleichberechtigter Factor, und deswegen behaupte ich: wollen sie eine Änderung in dieser Richtung machen, so müssen sie ihnen wohl anstanden, sich vorher mit uns darüber zu verständigen. Wir wollen etwas haben nicht anders als auf Grund eines Gesetzes. Wenn wir ein solches vorzuschlagen durch das Vorgehen des Reichstagsantrages genötigt werden, so müssen wir ihm den Inhalt geben, der unserer Ueberzeugung, der dem Rechts- und Billigkeitsgefühl entspricht. (Beifall links.)

Fürst Bischoff: Mit der letzten Ankündigung des Herrn Reichstagskanzlers, daß es der Würde des Reichstags nicht entspräche, anders als auf Grund des Gesetzes irgend eine Forderung oder sonst etwas anzunehmen, kann ich die Thatsache nicht in Einklang bringen, daß früher Niemand diese Karte zurückgesandt hat, auch der Herr Reichstagskanzler nicht. Ich kann doch nicht denken, daß er Jahre lang unter dieser Benutzung das Gefühl seiner eigenen Würde hat leiden lassen. Ich habe mich dann gefragt, wenigstens in einem Punkt mit ihm einverstanden zu sein, in demjenigen nämlich, daß, wenn wir überhaupt dahin kommen, Diäten zu bewilligen, die Abgeordneten, die in Berlin ihr Domicil haben, keinen Anspruch darauf haben. Unrichtig ist, wenn er seiner Version die Theorie unterlegt, daß zwar keine Entschädigung, aber doch Ersatz der baaren Auslagen stattfinden sollte und daß das bei allen sonstigen communalen und constitutionellen Einrichtungen bestünde. Es ist das nicht der Fall; ich glaube nicht, daß den Geschworenen irgend welche Baaranslagen erstet werden. Dem Herrn Reichstagskanzler wird auch bekannt sein, daß die Reichstagsmitglieder weder auf Ersatz der Baaranslagen, der Reisekosten, noch auf Diäten Anspruch haben. Die Nichtbewilligung an Diäten ist herbeigeführt durch das Bestreben, dem gewerblichen Parlamentarismus eine Schranke zu setzen. Die Verfassungsänderung steht dem Leben des Volkes fern; sie sind es auch, welche die unendliche Dauer der Sessionen herbeiführen. Das Land fährt am besten dabei, wenn die Sessionen kurz sind und das Parlament aus sachkundigen Mitgliedern besteht. Das war der Gedanke, der der Regierung vorlag, als sie diesen Satz in die Verfassung brachte. Der Reichstagskanzler hat mit dem ihm eigenen Pathos ganz besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Majorität dieses Hauses, die machende Majorität wiederholtlich diese Forderung gestellt hätte. Ich kann ihm nicht nur eine Wache, sondern eine einstimmige Majorität des Bundesraths für unendlich viele Verfassungsänderungen anführen, die wir für sehr nützlich hielten und für die die Einstimmigkeit, eine constante Majorität des anderen Factors der Gesetzgebung hierüber als Argumente gelten lassen möchten, wenn Sie selbst sie als nützlich nicht einsehen. Sie werden sich vom Bundesrath nicht imponiren lassen, ich lasse mir von der Majorität des Reichstags nicht imponiren. (Oh! Oh!) Nein, meine Herren, in keiner Weise, dazu sind Sie gar nicht die Männer. Ich habe mir ja von ganz Europa nicht imponiren lassen. Sie werden nicht die ersten sein. (Lebhaftes Bravo rechts.) Und wie steht es mit der Majorität zusammen? Sie steht nicht nach den Parteistandungen zusammen, je nachdem man entschlossen ist, tathlich gegen die Regierung zu stimmen oder für die Regierung. Das Schicksal aller Vorlagen dieser Session ist ja ganz klar vorauszu-sehen. Ein nationales Interesse — ich will nicht sagen, ein nationales, aber ein nationaler, wird von drei Fraktionen vertreten, sie sind zusammen 157 Köpfe, sie streben danach, die Herrschaft von Kaiser und Reich zu erhalten, wie sie ist. Sie haben nachher rund hundert Herren, die kämpfen für die Herrschaft der Geistlichen. (Oh! Oh! Sehr richtig!) Sie wollen uns mürbe machen, indem Sie Opposition machen; Sie kriegen uns nicht mürbe, es wird etwas Anderes mürbe, das ist der gemeinsame Boden, auf dem wir uns begegnen, aber wir werden es nicht. Sie haben nachher — ich glaube etwa 98 — demokratische Abgeordnete; ich nenne sie Republikaner; denn ob Jemand fortwährendlicher Republikaner oder royalistischer Fortschrittler ist, ob er eine Republik mit einem erblichen oder einem ernannten Präsidenten will, das ist absolut gleichgültig. Ich rechne zu dem, was ich Demokratie nenne, die Fortschrittspartei, ich rechne dazu die Socialdemokraten, ich rechne dazu die Volkspartei; das sind, wenn ich mich recht entsinne, 98 Abgeordnete als Gegner. Wir sind bisher im Besitz der Herrschaft für den Kaiser, und Sie wollen sie uns entziehen — auf gesetzlichem Wege natürlich; aber wir sind doch im Kampfe. Ich will, und Sie können nicht gegen unsere Vorlagen sein. Sie dieselben für sich nicht halten, sondern weil die Regierung nicht in Ihren Händen ist. Wir kämpfen um die Herrschaft, die Einen für die des Kaisers, die Anderen für die der Geistlichen, die Dritten kämpfen für die eigene Herrschaft. Bald die Einen, bald die Anderen finden Unterstützung von den übrigen 40 Elementen, die ich fremdlandische nennen möchte, die überhaupt nicht bloß so regierte Reich, sondern das Reich an sich bekämpfen und nicht wollen; dazu gehören die Polen, die Franzosen — ich meine damit die französischfreundlichen Eliten — und bis zu einem gewissen Grade die Welfen. Wir haben also gegen uns eine getrennte Majorität von 100, die voraussichtlich gegen uns stimmen werden, unabhängig von den Vorlagen, die wir bringen; die nur solche Vorlagen annehmen, gegen die sie nicht stimmen können, ohne ihre eigene Wiederwahl zu gefährden, darüber hinaus aber nicht. Also dahin haben wir unsere Rechnung gemacht. So, wenn sie alle einzig wären in einer objectiven Meinung, schwäre sie eine Ueberhebung von mir, wenn ich klüger sein wollte als 199 mir Gleichgestellte. Aber die Majorität entfällt aus ganz anderen Gründen, die mit der Sache gar nichts zu thun haben; und deswegen sage ich: ob Sie die Diäten mit Einstimmigkeit votiren werden oder nicht, es wird mich doch nicht irre machen. — Der Reichstagskanzler hat eine frühere Äußerung von mir zur Diätenfrage angeführt. Damals hatten wir keine Verfassung; es handelte sich de loco ferenda; von einem Noli me tangere der Verfassung war noch nicht die Rede. Ich war für eine weitergehende Vertheidigung des Reichstages, wie meine Kollegen; ich hatte damals die Ueberzeugung, daß die feste Grundlage des künftigen Reiches der Reichstag in der vollen und breiten Vertheidigung sein würde, und daß die Gefahr, die dem Reich etwa künftig drohen könnte, nicht von dem Reichstag, sondern von den Regierungen ausgehen würde. Meine damaligen Voraussetzungen waren irrtümliche, ich habe mich im Laufe von 18 Jahren überzeugt, daß dem Verstande des Reiches weit mehr vom Reichstag als von den Regierungen Gefahr droht, und ich bin deshalb lediglich im Interesse der Erhaltung der deutschen Einheit geneigt, mehr vom Reichstag und dessen wilden Parteikämpfen zu fürchten, als eine Störung durch die verhandelten Regierungen zu befürchten. Meine damaligen Voraussetzungen vom Reichstage sind nicht eingetreten. Die Parteikämpfe sind stärker als das nationale Bewußtsein, die Reue für die Parteinteressen stärker als Reue für nationale Interessen einzutreten und ihnen irgend ein Jota von Parteinteressen zu opfern. Ich habe das ganze Wahlgesetz bei unseren Bundesgenossen durchgesetzt, indem ich ihren Ansprüchen auf Sicherheit der Regierungen gegenüber populärer Bewegung und auf particularistische Interessen auch meinerseits Concessionen machte. Zu diesen gehörte die Diätenlosigkeit; die allein hat mir die Zustimmung der Kollegen für die Verfassung gewonnen. Aus den Gründen, die ich vorher anführte, wegen des Vertrauens, das ich auf den künftigen Reichstag setzte, hatte ich mich etwas leicht und nachgiebig über die Diätenlosigkeit ausgesprochen, wie der Abg. Hänel das vorher verlesen hat. Ich habe Vorhaltungen meiner Kollegen erleben müssen wegen dieser Erklärung. Ich habe dann meinen Kollegen von den verhandelten Regierungen die Concession gemacht, daß ich an der Diätenlosigkeit unbedingt festhalten würde. Ich habe in der Sitzung vom 30. März 1867 gesagt: „Die Erklärung, die ich Namens der verhandelten Regierungen gegeben habe, hat ihren Schwerpunkt in dem ersten Theil meiner Äußerungen, wonach ich sagte, daß die hohen Regierungen dahin einzustimmen seien, daß sie unter keinen Umständen die Zulassung oder Bewilligung von Diäten glauben acceptiren zu können.“ Damals existierte keine Verfassung, heute aber ist das, was meine Kollegen wollten, und was ich selbst heute für nützlich anerkenne, Verfassungsgegenstand geworden. Ich verneine, die Hand zu einer Abänderung zu bieten und bekräftige, daß die Verfassungsänderung, die dadurch erstrebt würde, nur mit solcher Majorität im Bundesrath bewilligt werden kann, daß 14 Stimmen genügen, sie abzulehnen, daß Preußen über 17 Stimmen verfügt und daß diese 17 Stimmen im ablehnenden Sinne abgegeben werden. (Bravo! rechts.) (Fortsetzung in der Beilage.)

Deutschland.
L. Berlin, 26. November. Die deutsch-freisinnige Partei hat folgende Mitglieder in die ständigen Commissionen des Reichstags delegirt: in die Geschäftsordnungs-Commission Dr. Hänel, Eysoldt, Frhr. v. Stauffenberg; in die Petitions-Commission Hoffmann, Brömel, Hinge, Kiste, Halben, Halberstadt; in die Rechnungs-Commission Dr. Meyer (Halle), Papellier; in die Budget-Commission Riedert, Dr. Witte, Gernies, Löwe, Klüger, v. Bunsen, Harte (von der Volkspartei). Die Constituirung der Commissionen findet morgen statt.

Δ Berlin, 26. Novbr. Unter einer ungemein großen Theilnahme fand heute die Bestattung des kürzlich verstorbenen Directors des zoologischen Gartens, Dr. Bodinus, statt. Magistrat und Stadtverordnete hatten Deputationen entsandt, ebenso waren der Polizeipräsident v. Madai, Mitglieder verschiedener Ministerien, namhafte Vertreter der wissenschaftlichen Kreise Berlins, eine Deputation der Jurisprudenz zu Greifswald, sowie die vier Jurisprudenz der hiesigen Universität in corpore im Gefolge erschienen.

* Die irrthümliche Nachricht, daß der Abg. Bertram der national-liberalen Partei beigetreten sei, hat Anfragen aus dem Wahlkreise veranlaßt, welche Herr Bertram der „N. Ostf. Ztg.“ zufolge, also beantwortet: „Verabredetermaßen vorläufig keiner Partei beigetreten.“

* Die Generalversammlung des deutschen Handelstages wird voraussichtlich für den 26. Januar n. J. berufen werden.

* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Einige Blätter brachten vor Kurzem die Mittheilung, daß die hiesige medizinische Facultät Kist einwilligen Beschusses in einem Schreiben an den außerordentlichen Professor Dr. Schweninge sich gegen gesellschaftlichen Umgang verboten, oder, was in der Sache auf dasselbe hinausläuft, keinen anderen als den dienstlich und gesetzlich vorgeschriebenen Verkehr mit ihm unterhalten zu wollen erklärt habe. Wir befinden uns in der Lage, die Richtigkeit dieser Angabe mit dem Hinzufügen zu bekräftigen, daß dieses Vorgehen der Facultät inzwischen die erforderliche Remedur erfahren hat.“ — Schade, daß das offiziöse Blatt nicht verräth, welcher Art diese Remedur gewesen ist. Ob etwa den Mitgliedern der medizinischen Facultät anbefohlen ist, die Münchener Kirchhofs-Affäre des Herrn Schweninge sehr schön zu finden und ihren Frauen, Töchtern und Söhnen als nachahmungswürth zu empfehlen?

Belgien.
Brüssel, 24. Novbr. Die fabelhafte Statistik der Communalwahlen, welche auch in den Debatten über die Interpellation Frère Orban's auftauchte und die nicht mehr und nicht weniger beweisen sollte, als daß der Clericalismus in jenen Wahlen gesiegt habe, wird von den ehrlicheren Mitgliedern der Partei selber preisgegeben. Das clerical Journal „Le public“, also ein unverdächtigster Zeuge, veröffentlicht jetzt selbst die vollständigen Resultate über fünf der wichtigsten Bezirke, die in der Kammer jetzt durch 34 clericalen Deputirte vertreten sind. Brüssel, Antwerpen, Namur, Nivelles und Philippeville mit allen Landgemeinden. Hiernach haben erhalten die Liberalen 849 972, die Clericalen 461 127 Stimmen. Was die übrigen Bezirke betrifft, so wird das Resultat demnächst veröffentlicht werden. Der „Le public“ theilt noch im Allgemeinen mit, daß die Liberalen in den Bezirken Alost, Arlon, Virton, Mons, Charleroi, Thuin, Tournai, Huy und Verviers siegt hätten, in den übrigen die Clericalen. Berechnet man nach dem Grund dieser Angaben das Verhältniß der Parteien in der zweiten Kammer, so ergiebt sich, daß diejenigen Wahlkreise, in welchem die Liberalen siegreich gewesen sind, 71 Deputirte zu wählen haben, während die von den Clericalen behaupteten Kreise nur 64 Deputirte ergäben. Zählt man die 3 Mandate der unbesetzten Wahlkreise auch noch den Clericalen zu, so würden diese noch immer in der Minorität. Jetzt besteht die Kammer aus 86 Clericalen und 52 Liberalen, eine Zusammensetzung, die der heutigen Stimmung des Landes also jedenfalls nicht mehr entspricht. In eine Auflösung der Kammer ist nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten natürlich nicht zu denken; das Ministerium Beernaert wird sich mit Unterstützung der Rechten so lange an die Macht klammern, so lange es eben geht, bis unvorhergesehene Ereignisse den unausweichlichen Wechsel herbeiführen.

Rußland.
Warschau, 24. Novbr. Bekanntlich sind vor längerer Zeit hier die Anlagen von Wasserwerken und von einer Canalisation der Stadt nach dem Project des Frankfurter Ingenieurs Lindley beschlossen und es wird bereits energisch an der Ausführung der Anlagen gearbeitet. Das Wasser für die Wasserleitung wird der Weichsel oberhalb der Stadt entnommen und in eine Filtrirung geleitet, von wo aus es unmittelbar durch Röhren den unteren Stadttheilen zugeführt wird, während das für die oberen Stadttheile bestimmte Quantum zunächst in einen Wasserturm von 130 Fuß Höhe gepumpt wird. Die Anlage soll 600 000 Kubfuß Wasser täglich liefern. Von der Canalisation ist eines der beiden projectirten Hauptstiele in einer Länge von 4½ Werst fertig, das andere mit dem Hauptauslass-Siel wird eine Länge von 11 Werst haben. 5 Werst unterhalb Warschau sind bei Bielany große Landcomplexe zur Anlage von Kieffelselbren angekauft. Man rechnet darauf, mit der Anlage beider Werke, deren Kosten auf 3½—4 Mill. Papierrubel veranschlagt sind, innerhalb der beiden nächsten Jahre fertig zu werden.

Danzig, 27. November.
Wetter-Aussichten für Freitag, 28. November.
Privat-Prognose d. „Danziger Zeitung“.
Nachdruck verboten laut Gesetz v. 11. Juni 1870.

Bei wärmerer Temperatur und aufsteigenden Winden ziemlich trübes Wetter mit etwas Niederschlägen.

* [Wahlphantasien.] Daß der Danziger Wahlkreis sich in den gemäßigten Lagern überall einer ganz besonderen Aufmerksamkeit erfreut, ist längst allgemein bekannt. Es braucht nur irgendwo eine, wenn auch noch so alberne oder abentheuerliche Mittheilung über Danziger Wahlverhältnisse aufzutreten, die „Nordd. Allg. Ztg.“, die „Post“ und die ganze conservativ-gouvernementale Pressegesellschaft in der Hauptstadt wie in den Provinzen fällt darüber her wie über einen wahren Lächerlichen. Daß für uns und für die Liberalen des Wahlkreises Danzig dieses geschäftliche Treiben in den amüsansten Erlebnissen des Wahlkampfes gehört, bedarf keiner Betonung. Die Liberalen Danzigs haben sich seit einer Reihe von Jahren daran gewöhnt, das Gegentheil von dem, was jene Organe offen oder verdeckt als ihren Wunsch zu erkennen geben, für das Richtige zu halten und nach diesem Grundsatz zu handeln. In Danzig weiß man daher auch, was man von den

angeblichen Rundgeboten „aus liberalen Kreisen“ über die Danziger Nachwahl zu halten hat, welche jetzt so oft das behagliche Wohlgefallen der „Nordd. Allg. Ztg.“ und ihrer Nachbeter erregen. Schon dieses auffällig große Interesse der Gegner an ihnen macht ihren Ursprung entschieden verdächtig. Zu unserem Bedauern sehen wir aber, daß dieser Gesichtspunkt in der befreundeten auswärtigen Presse nicht die verdiente Berücksichtigung findet. Wir sind überzeugt, die „Nordd. Allg. Ztg.“ und die „Königsb. Allgemeine Ztg.“ würden Mittheilungen aus Danzig über die hiesigen Wahlverhältnisse, wie sie in dem ersten Blatte vor einigen Tagen, in letzterem heute als Danziger Correspondenzen veröffentlicht werden, schwerlich in gutem Glauben hingenommen haben, wenn sie deren wahren Ursprung gekannt hätten. Die genannten Blätter sind durch Correspondenten, welche sich ihre Informationen wahrheitsgemäß von den Gegnern der Liberalen eingeholt und welche die Vorgänge in großen öffentlichen Versammlungen vollständig ignorirt haben, getäuscht worden. Wir müssen daher darauf aufmerksam machen, daß der wesentliche Inhalt jener Correspondenzen auf reiner Phantasie beruht. Die Liberalen Danzigs geben — darin stimmen alle bisherigen Erfahrungen der bei der Wahltagung thätigen Mitbürger überein — der Wahl am 4. Dezember gerade so einig und einmützig entgegen, wie der Wahl am 28. Oktober. Ganz ebenso wie mit den gar zu durchsichtigen Speculationen auf die Unmöglichkeit der Liberalen verfährt es sich mit den Angaben über den Ursprung der diesmaligen Candidatur, über den angeblichen „Wortbruch“ des Herrn Richter u. s. w. Das entscheidende Wort hierüber steht nicht den Gegnern, sondern der liberalen Wählerschaft zu und diese hat darüber einmützig das entgegengesetzte Urtheil gefällt.

* [Von der Weichsel.] Auf der unteren Strecke bis zur Mündung sind wesentliche Veränderungen in den Eisverhältnissen nicht eingetreten. Oberhalb ist nunmehr auch bei Montaurerpeize das Eis zum Steben gekommen. Von da ab bis Fischbuden ist soeben offenes Wasser und von letzterem Orte bis Dirschau hin wieder Eisstand. Unterhalb Dirschau befinden sich vielfach Eisanstauungen. In der Rogat und Elbinger Weichsel sind die Eisverhältnisse unverändert. — In Polen ist bereits Eisstand eingetreten, bei Thorn ist die Weichsel dagegen noch immer in Bewegung. Das Wasser fällt dort aber sehr schnell. — Wasserstand bei Dirschau 3.40, bei Rothbude 2.02, bei Plehnendorf 3.72 Meter.

* [Amities.] Der Herr Regierungs-Präsident hat das Vorsteheramt der Kaufmannschaft benachrichtigt, daß nach einer amtlichen Mittheilung aus Rio de Janeiro daselbst die reglementarischen sanitären Maßregeln gegen das gelbe Fieber seit dem 15. d. M. wieder in Kraft getreten sind.

* [Gemeinnützige Einrichtungen.] Der Vorstand der Abegg-Stiftung hat vor einiger Zeit die erste Etage seines Speichers „Der halbe Mond“ den Arbeitern und ihren Familien unentgeltlich zur Verfügung gestellt, damit sie dort, geführt gegen die Einflüsse der Witterung, ihr Mittagmahl verzehren können. Wie sehr der Vorstand mit dieser Einrichtung das Richtige getroffen, geht daraus hervor, daß das Lokal für die Zahl der Gäste nicht mehr ausreicht. Es sind deshalb Anstalten getroffen, auch die zweite Etage zum nächtlichen Zwecke herzurichten und es ist Aussicht, daß in der ersten Hälfte des Dezember auch dieser Raum, nachdem er mit den notwendigen Bänken und Tischen und einem Ofen versehen ist, zur Aufnahme von Schutzsuchenden wird geöffnet werden können.

Weniger glücklich ist der Vorstand bisher mit Errichtung der Arbeits-Vermittelungsstelle, welche jeden Morgen an Werktagen um 7 Uhr geöffnet wird, gewesen. Arbeit Suchende finden sich zwar zahlreich genug ein — an einzelnen Tagen dürften es annähernd 200 gewesen sein —, die Arbeitgeber machen aber von dem Institut bisher so wenig Gebrauch, daß nur einem Bruchtheil der Arbeiter Beschäftigung hat zugewiesen werden können. Der Vorstand der Abegg-Stiftung richtet deshalb wiederholtlich an die Arbeitgeber die dringende Bitte, sich, wenn sie Arbeitskräfte nöthig haben, der Vermittelung der Stelle zu bedienen. Der früh eingetretene Winter bringt doch mancherlei Verrichtungen mit sich, zu deren Ausführung das in Säufen und Geschäften angestellte Personal nicht ausreicht und nicht Jeder weiß, wo zuverlässige Leute sofort zu haben sind. Zu diesem Zwecke ist unter Anderem das Bureau da, welches stets mit tüchtigen Arbeitern für Beschäftigung jeglicher Art dienen kann. Arbeitgeber dürfen nach demselben nur zwischen 7 und 8 Uhr Morgens hinführen oder in den an dem Speicher befindlichen Briefkasten einen Zettel mit ihren Wünschen werfen und sie sind sicher, zur bestimmten Stunde den erforderlichen Mann zu erhalten.

Das dritte in dem Speicher „Halber Mond“ befindliche gemeinnützige Unternehmen, die Kaffeelücke, erfreut sich jetzt eines regelmäßigen und zufriedenstellenden Besuchs und es ist nur zu wünschen, daß sich auch in anderen Theilen der Stadt, wie in Neufahrwasser, Unternehmer finden mögen, welche das gute Beispiel nachahmen, um so, indem man dem Arbeiter und wenig begünstigten gute und reelle warme Getränke in einem anständigen mit passender Lectüre versehenen Locale bietet, der überhand nehmenden Branntweinpest zu steuern, deren traurige Folgen in dem jetzt fast in jeder Zeitungszusammen befindlichen Kapitel über „Kaffeehäuser“ ihren Ausdruck finden.

* [Strandung.] Der am 21. November von hier mit Gerste nach Velle ausgegangene Schooner „Thetis“ aus Emden ist bei Stuthof auf Strand gerathen.

* [Socialdemokratische Versammlung.] Die hiesige socialdemokratische „Arbeiterpartei“ hielt gestern Abend eine Versammlung im Gewerbehause ab, in welcher das Verhalten der Partei zu der bevorstehenden Reichstagswahl besprochen werden sollte. Der Vorsitz führte Herr Wobeltshier Frank. Derselbe hob hervor, die socialdemokratische Arbeiterpartei dürfe, um ihre Ueberzeugung nicht zu opfern, keinem Candidaten einer anderen Partei ihre Stimmen geben. Da Bebel in Hamburg gewählt sei, so wäre es ungewöhnlich, ihn hier wieder aufzustellen. Man habe sich daher geeinigt, Herrn Lithographen Jochem aufzustellen. Darauf hielt Herr Jochem eine längere Rede, um sein politisches Glaubensbekenntnis darzulegen. Redner griff zunächst Herrn Richter an, daß er das (bekanntlich ungültige) Mandat für Danzig nicht angenommen habe, die eingehende und von der Wähler-Versammlung am 24. d. Mts. allgemein anerkannte Begründung des Herrn Richter für seinen Wunsch, von der abgemachten Candidatur in Danzig entbunden zu werden, vollkommen außer Acht lassend. Nach dieser Einleitung wandte sich Redner in äußerst heftiger Weise gegen die freimüthige Partei, von der er behauptet, „sie wolle das Volk nicht mündig machen“, und soeben gegen Frn. v. Fordenberg und Frn. Schrader. Im letzteren hat dem Redner namentlich nicht gefallen, daß Dr. Schrader nicht sofort für eine allgemeine einjährige Dienstzeit eingetreten sei. Es gäbe eine Masse von Arbeitern, welche die „Einjährig-Freiwilligen“ an Bildung übertrafen. Alsdann kommt Redner auf die Altersversorgung zu sprechen. Die Altersversorgung müsse durchgeführt werden und wenn sie

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausglick der folgenden
besonders bezeichnuten Theile: G. Röchner — für den lokalen und provin-
zialen Theil, die Handels- und Schiffsfahrtsnachrichten; A. Klein — für den
Inferantenheil; A. B. Rafemann, künmtlich in Danzig.

GIESE & KATTERFELDT,

Langgasse Nr. 74.

Außer den noch vorrätigen Winter-Mänteln stellen wir von Montag, den 1. December cr. ab größere Partien Kleiderstoffe zum Weihnachts-Ausverkauf.

Besonders empfohlen: Eine Partie Rhoner Kaife in dunklen Farben.

Die Geburt eines Jungen zeigt an
Danzig, den 26. November 1884.
Georg Schulz nebst Frau,
geb. Bielefeld.

Die Verlobung unser Tochter
Anna mit dem Kaufmann Herrn
Otto Peppel aus Danzig er-
lauben wir uns statt besonderer
Mittheilung ergebenst anzuzeigen.
Schlawe, im November 1884.
F. Conradt und Frau.

Meine Verlobung mit Fräulein
Anna Conradt, einzigen
Tochter des Rentier Herrn Con-
radt-Schlawe, erlaube ich mir
Freunden und Bekannten hiemit
ergebenst anzuzeigen.
Danzig, im November 1884.
Otto Peppel.

An Ordre

sind von Kopenhagen per D. „Kasan“
Capt. A. N. Hansen, von Messina hier
eingetroffen
E B 1/2 9 Kisten Macaroni,
F 1/10 10
Der Empfänger der „Ostsee-
Correspondenz“ melde sich schleunigst bei
5521 F. G. Reinhold.

Den Confirmanden-

Unterricht gedient
den 2. December,
Nachmittag 2 Uhr, zu beginnen. An-
nahme täglich in meiner Amts-
wohnung, St. Barbara-Kirchhof.
Beckel, Prediger an St. Barbara.

Zeitgemässe

Weihnachtsgeschenke.

Stanley, Durch den dunklen Welt-
theil. (Erste Reise auf dem Kongro.)
2. Aufl. 2 Bde. Br. Mk. 32,50,
eleg. gebd. Mk. 37.
Dasselbe. Volksausgabe in 1 Bde.,
bearb. v. Volz. 2. Aufl. Br. 5 Mk.,
eleg. gebd. 6,50 Mk.
Stanley, Wie ich Livingstone fand,
2 Bde. Br. 20 Mark, eleg. gebd.
22,50 Mark.
Johnston, Der Kongro. Nebst
einer Schilderung der klimatischen,
naturgeschichtlichen und ethnogra-
phischen Verhältnisse des west-
lichen Kongrogebiets. Br. 15 Mk.,
eleg. gebd. 17 Mk. (5456
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Loose!

Ulmer Münsterbau 3 A. 50 B.
Baden-Baden 6 A. 30 B.
Weimarer Kunstgew. 2 A. 10 B.
Zu haben in der
Exp. d. Danz. Zeitung.

Weimarsche Lotterie, Ziehung
10. Decbr. cr., Loose à M. 2,10.
Baden-Baden Lotterie, III. Kl.
Ziehung 16.-19. December cr., Er-
neuerungslosse à M. 2,10. Kauf-
losse à M. 6,30.
Ulmer Münsterbau-Lotterie,
Hauptgewinn baar 75 000 A., Loose,
bei der General-Agentur bereits
gänzlich vergriffen, à M. 3,50 bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Pfeiffer's Atelier für künstliche
Zähne, Plombiren mit
allen dauerhaften Füllungsstoffen, be-
findet sich Francengasse 52, nahe der
Kirche. Preise billigst. (5464

Ananas

zur Bowle

in Büchsen u. Gläsern

empfehlen

zu sehr billigen Preisen

J. G. Amort,

Langgasse Nr. 4.

Feinste

Jernsaler

Apfelsinen,

feinste

Bahia-Apfelsinen,

süß und saftig,

empfehlen (5491

A. W. Prahl,

Breitgasse 17.

Stadtküche,

Hundegasse 88,

liefert

Dejeuners, Dinners,

Soupers,

sowie auch einzelne Schüsseln

prompt, bei billigster Preis-

notirung.

C. Bodenburg,

bis Februar 1884

Küchen-Chef im Rath-
weinkeller. (5512

Am Montag, den 1. December cr. eröffne ich meinen
Weihnachts-Ausverkauf
in sämtlichen Lägern meines Geschäftes.
Paul Rudolphy, Langenmarkt 2.

1. Stamm Nr. 14. 1. Stamm Nr. 14. Der Total-Ausverkauf

des
Hoppenrath'schen Concurzlagers
von
Cigarren, Tabaken u. Rauch-Requisiten
zu **taxpreisen**

wird fortgesetzt. Das Lager ist in allen Preislagen gut sortirt und daher
auch Wiederverkäufern sehr zu empfehlen. (5480

1. Stamm Nr. 14. 1. Stamm Nr. 14.

Frische amerikanische

Äpfel

empfehlen

J. G. Amort.

Langgasse 4. (5514

Elb-Caviar,

feinster Qualität,

sowie alle anderen frischen, geräucherten
u. marinierten Fischsorten empf. billigst

S. Möller,

Breitgasse 44. (5498

Delicate Spitzgänse,

mit und ohne Knochen, ein gross und
ein detail empfiehlt (5277

M. Jungermann,

Biegeugasse 6.

Fr. Rieler Sprossen

empfehlen und empfehlen

M. Jungermann,

Biegeugasse Nr. 6. (5513

Sehr schöne fette Gänse

zu haben.

Heute: Gänseabfall.

M. Jungermann,

Biegeugasse Nr. 6. (5519

Gänserücken,

Gänseflumen,

Gänselebern

sind heute z. hab. Scheibenergasse 9.

Thee's

in allen gangbaren Sorten er-
hält neue Zufuhren und em-
pfehle dieselben in bekannter
Güte zu billigen Preisen.

Albert Neumann,

Langenmarkt 3.

Nr. 3, Portschaffengasse Nr. 3,

sind noch folgende Artikel, welche sich
namentlich zu

Weihnachts-Geschenken

eignen, zum Ausverkauf gestellt:

Gardinen jeder Art.

Weisse und bunte Damenschürzen, per
Stück von 50 A an,

Leimene Damenträger 3 Stück für 60
bis 100 A,

Seidene Damenschleifen 3 St. f. 1 A.,

Rüschenstrangen pr. St. 15, 20, 35 A u.

Schlipse zum Aufknöpfen pr. Stück 5,
10, 20 bis 75 A,

Schlipse mit Mechanik pr. St. 40 A
bis 2 A.,

Spanische Shawls (Seide) pr. Stück
1,25, 1,50, 2, 2 1/2, 3, 4 A.,

Leimene Herrentragen, 3- und 4fach,
pr. Dbd. 4 u. 5 1/2 A.,

Leimene Herren-Manschetten 3- und
4fach, pr. Dbd. 5, 10, 15, 20, 25 A.,

Rüschen pr. Meter 5, 10, 15, 20, 25 A.,

Corsets pr. Stück von 1 A. an,

Regligee-Baden pr. St. v. A. 1,25 an,

Damenhemden pr. St. v. A. 1,50 an,

Damen-Beinkleider pr. St. v. 1 A. an.

Sämmtliche Artikel sind von guter
Qualität.

NB. Bei Engros-Einkäufen gewähre
ich auf diese Preise noch einen Rabatt
von 10 pCt. (5505

C. O. Matern,

Portschaffengasse 3.

Wollene große gelbe

Schlittendecken,

200/210 cm. groß, 6 Pfund wiegend,
räumungshalber à 14 A., großes
Lager in Pferdedecken von 1,50 A.
ab, laut Preis-Courant. Verfehlung
slofort. (5488

Otto Retzlaff.

Liberaler

Wähler-Versammlung

zu Neufahrwasser

Freitag, den 28. November cr., Abends 7 Uhr,

in Freder's Hotel, Hafenstraße 23.

Zur Verhandlung über die Reichstags-Nachwahl unter Theil-
nahme des für die Nachwahl aufgestellten Kandidaten, Herrn
Eisenbahndirector a. D. Schrader, welcher sein Erscheinen
in dieser Versammlung freundlichst zugesagt hat.

Die liberalen Wähler der Vorstadt Neufahrwasser laden zu dieser
Versammlung ergebenst ein

Alexander. F. Block. Braun. Briesewitz. Gronmeyer.
Hömcke. Kather. Orlovius. Philipp. Schorski.
Schlichting.

Ceres-Zuckerfabrik Dirschau.

Wir ersuchen unsere Actionäre, auf ihre Actienzeichnungen die fünfte
Rate von

10%

bis zum 10. Januar 1885

an unsere Kasse zu zahlen. (5468

Die Direction.

A. Krentz. Johann Füss. Schmidt.

Belz-Waaren-Ausverkauf

R. Brunkall,

1. Etage. 77, Langgasse 77, 1. Etage.

Damen- u. Kinder-Garnituren, Damen-Belz-Futter
und Mantel-Beläge. Herren Belze und Belz-Futter
in bekannt bester Qualität

zu den billigsten Preisen. (5502

Gänzlicher Ausverkauf

meines

Schuh- und Stiefelwaaren-Lagers

wegen Todesfall

zu jedem annehmbaren Preise. Zum Ausverkauf kommen: Schuhe und
Stiefel für Herren, Damen u. Kinder von feinstem Pariser Chevreau, Lack- u.
Leder bis zum gewöhnlichen Straßensattel, Anabentstiefel in Kindlad-
u. anderem Leder, mit auch ohne Falten, Gummiboots für Herren u. Damen.

H. Kaiser Wittwe,

Heilige Geistgasse 134 (Glockenthor).

Gardinen

werden sauber gewaschen u. in Rahmen gespannt, behalten
hierdurch ihre natürliche Stärke und leiden nicht so, wie
unter dem üblichen Platten. (5452

Wilhelm Falk, Breitgasse 14.

Wegen Umzuges haben die Preise für Herren-Garderobe um

20 % ermäßigt. Tuch-Anschmitt zu Fabrikpreisen.

S. Süß & Co.

Langgasse 50, 1 Treppe.

Das Geschäftslocal, auch zum Comtoir passend, von sogleich oder
zum 1. Januar zu vermiethen. (5156

Ich empfehle mein großes Lager

Glacée- u. Wildleder-Handschuhe.

Dieselben auch mit Pelz- und seidenem Futter, Fuchs-
u. Seehund-Handschuhe mit Pelzfutter, Buckskin-Handschuhe zu
herabgesetzten Preisen. (5474

Joh. Rieser, Wollwebergasse No. 30.

Getreideschäufeln aus Eichenholz
werden in großen Partien ge-
fertigt und zu günstigen Bedingungen
geliefert. Den Lieferanten bezeichnet
die Exped. d. Danz. Zeitung. (5326)

Scharfen Grand

zum Bestreuen der

Brüden, Bürger- u.

Sußsteige,

liefert von 50 A ab jedes Quantum
franco Haus (5489

Adolph Zimmermann,

Holzmarkt Nr. 23, 1 Treppe und
Lafadie Nr. 34.

Kutscher-Röcke,

Kutscher-Paletots

preiswerth zu verkaufen Breitgasse 36
bei J. Baumann. (5413

Russ. Pelzdecken

preiswerth zu verkaufen Breitgasse 36
bei J. Baumann. (5412

Gold u. Silber

kauft stets u. nimmt zu höchsten
Preisen in Zahl. G. Seeger,
Juwelier, Goldschmiedegasse 22.

Hypothekencapitalien

will eine Versicherungsgesellschaft geg.
1. Hyp. à 4 1/2 - 4 3/4 % anleihen. Näh. d. d.
Gen.-Agenten Krosch, Hundeg. 60.

Ein feiner Gehpelz, Bismar mit
Kerzefas, ist für 100 A zu ver-
kaufen Holzmarkt 4, II. (5510

Für mein Fein- und Wäsche-Ge-
schäft suche ich (5371

einen Lehrling

gegen monatliche Remuneration.

Ludwig Sebastian,

Gr. Wollwebergasse 15.

Wirthinnen, Ladenm., Schänkerin,
Dienstm., Kinderem. empf. Köpfer, 22.

Repräsentantinnen, Land- u. Stad-
wirthinnen, Erzieh., Kindergärtin,
Bönnen, Stüt. d. Hausfr., Jungfern,
Küher, f. Güter, herrsch. Köchinnen,
Stuben- u. nicht. Hausm. sowie Kin-
derfr. empf. Prohl, Langgasse 63, 1 Tr.

Einbett., Rechnungsführ., Hofmeister,
Stellmacher, Schmiede, herrschaftl.
Kutscher, sowie Haus- u. Hotelbediener u.
nicht. Hausknechte vom Lande empfiehlt
Prohl, Langgasse 63, 1 Tr.

Namen mit vorzähl. Nabring empf.
W. Pardende, Goldschmiedeg. 28.

Wohnung gesucht.

Sofort oder 1. Januar aus
mindestens 8 Zimmern und Gehl für
Dienerschaft. Pferde stall und Wagen-
remise erwünscht. Offerten abzugeben
Langgasse 12 II. (5462

Die Schlittenbahn

nach Joppot ist gut.

C. Nürnberg.

Brösen

Schlittbahn.

Schlittbahn.

Die beste Schlittbahn gegen-
wärtig n d Dreischweinsköpfen.

Zither-Club.

Jeden Freitag, Abends 8 Uhr:
Übungsstunde im Locale des
Herrn Frank, Brodbänkengasse.

Techniker-Versammlung,

Danzig.

Behufs Anschluß an den deutschen
Techniker-Verband in Berlin und
desen Krantenliste

Versammlung

Sonnabend, den 29. d. Mts.,

Abends 8 Uhr,

bei Selouke, Deil. Geistgasse, 1 Tr.

Sitzung

des

Westpreussischen

Geschichtsvereins

Sonnabend, d. 29. Nov.,

Abends 7 Uhr,

in der Aula des städtischen
Gymnasiums:

Vortrag des Herrn Archi-
diaconus Bertling: „Die
Bevölkerungszahl der Städte,
im besondern Danzig's während
des Mittelalters.“

Ornithologischer
Verein
zu Danzig.

Am 6. December cr., Abends 8 Uhr.

IV. Stiftungsfest im

Friedrich-Wilhelm-

Schützenhause.

Eintrittskarten bei Herrn Führer,
Gr. Wollwebergasse 3 zu haben.

Der Vergnügungs-Vorsteher.

Verein

ehemaliger Johannis-Schüler.

Freitag, den 28. Novbr., Abends
1/2 9 Uhr, Franke, Brodbänkeng. 44.

Ehrhardt Franke's

Restaurant,

Brodbänkengasse 44,

empfehlen

fr. holländ. Austern,

frische Hummer,

feinste Magdeburger

Würstchen.

Hochachtungsvoll

Ehrhardt Franke,

NB. Erlaube mir die Saal-
Localitäten zu Hochzeiten, Bällen,
Kränzchen u. l. w. zu empfehlen.

Kaffeehaus „Milchpeter“.

Sonntag, den 30. November:

Großes Concert

von der Kapelle des 3. Ostr. Gren-
Regim. Nr. 4. Entree a Person 20 A.
Anfang 4 1/2 Uhr. (5504

Café Noetzel.

Jeden Freitag und Mittwoch:

Concert

v. d. Kapelle d. 4. Ostr. Gren-Regim.
Nr. 6, unter persönlicher Leitung des
Herrn Theil. Anfang 4 Uhr. Ende
gegen 10 Uhr. Entree frei. (5503

Das Concert des Herrn

Brindis de Salas

findet am 30. November nicht statt.

Constantin Ziemssen.

Stadt-Theater.

Freitag, den 28. Novbr. Abschieds-
Vorstellung v. Heinrich Bütel. Der
Postillon von Constance. Kom.

Ober in 3 Acten von Adam.

Chapellou | Heinrich Bütel.

Sonnabend, den 29. Nov. Bei auf-
gehoben. Abonnement. Mit durchaus
neuer Ausstattung. Die Walfäre.

Musikdrama in 3 Acten v. Wagner.

Wilhelm-Theater.

Freitag, den 28. November cr.

Beilage zu Nr. 14956 der Danziger Zeitung.

Danzig, 27. November 1884.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. v. Schorlemer-Mast: Ich habe nicht gezweifelt, daß der Kanzler das Bedürfnis hat, seinen gereizten Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Der Reichskanzler sagte, daß ihm die Reden und Majoritäten hier im Hause nur wenig imponierten, mir imponieren seine Ausführungen auch nicht. Darin besteht ja der ganze Unterschied zwischen den Parteien, daß es hier immer noch Leute giebt, die sich nicht unter allen Umständen dem Kanzler beugen, und das kann er nicht ertragen. Das Ziel bei den Wahlen war ja auch, diese unbedingt folgende Majorität zu schaffen. Daß sie nicht zu Stande gekommen ist, daraus erklärt sich der Zorn des Reichskanzlers. Der Reihe nach haben es alle Parteien, mit Ausnahme der Reichspartei, durchgemacht, daß ihnen Staatsfeindlichkeit vorgeworfen ist, selbst die Nationalliberalen. Muß nicht angesichts dieser Vorgänge die Besorgnis aufsteigen, daß staatsfremd und reichsfreundlich schließlich nur der Reichskanzler selbst und Hr. Binder ist, und das wäre doch sicher etwas zu wenig. Das Anwachsen der Socialdemokratie scheint dem Reichskanzler nicht Beunruhigung zu erregen. Ich verstehe es nicht, wie nach einer Rede, wie sie heute vom Reichskanzler gehalten, das Socialistengeles noch aufrecht erhalten werden kann. Der Reichskanzler sagt, wir kämpfen für die Herrschaft der Geistlichkeit. Reicht es für die Geistlichkeit kämpfen, wenn wir die Regierung beim Zolltarif oder bei der Sozialreform unterstützen haben? Wenn wir verlangen, daß ein Gesetz, welches der Reichstag schon dreimal verworfen hat, nun endlich beseitigt werde? Ich bestreite nochmals, daß wir eine geborene Opposition seien. Wir treten ein für unser gutes Recht und bekämpfen, was uns nach unserem Gewissen als verwerflich erscheint.

Abg. Langwerth v. Simmern protestirt dagegen, daß die „welfische“ Partei eine „fremdländische“ sei, wie der Reichskanzler gesagt hat.

Abg. Richter: Es ist unerhört, daß an einem eben gewählten Parlament eine solche Kritik geübt ist, wie eben durch den höchsten Beamten des Reichs! Wenn es nur 157 Abgeordnete giebt, die tren zu Kaiser und Reich stehen, so ist damit das Urtheil gefällt, daß 3 Millionen Wähler nicht zu Kaiser und Reich stehen, daß dies nur bei der Minorität von etwas über 2 Millionen der Fall ist. Wird nicht das Ausland fragen: Was hat denn der große Kanzler, der unsterbliche Verdienste hat um die Einheit Deutschlands, in der innern Politik geleistet, wenn das das Resultat ist, daß die Majorität der deutschen Wähler gegen Kaiser und Reich? Ich fürchte, daß der Reichskanzler damit seiner Politik ein schärferes Urtheil ausgesprochen hat, als es je von seinem schärfsten Gegner ausgesprochen ist. So hoch ich den Reichskanzler stelle, hier gesehen ist. So hoch ich den Reichskanzler stelle, so viel Verwunderung und Dankbarkeit ich trotz alledem fühle, ich kann ihm nun und nimmermehr das Recht zusprechen, daß er sich zum Richter über unser Gewissen, unsere Ueberzeugung und über unsere innerste Stellung zum Vaterlande und zum Herrscherhause macht. Der Reichskanzler ist Patriot, aber wir beanspruchen — und in dieser Beziehung sind wir ihm ebenbürtig —, daß er unsere patriotischen Empfindungen achtet und sie nicht so verlegt, wie er es heute hier gethan hat (Beifall). Wir stehen so gut zu Kaiser und Reich wie die Andern, und ich hoffe, daß das deutsche Volk wissen wird, was es von diesem in zu großer Leidenschaftlichkeit gesprochenen

Worte des Reichskanzlers zu halten hat. Das Centrum hat jetzt erkennen gelernt, welchen Dank es bekommt für seine Unterstützung des Reichskanzlers. (Auf im Centrum: Wir haben es nicht anders erwartet!) Gewiß nicht; wir auch nicht. Noch vor vier Jahren wurde meine Reichstagsrede in der „Provinzialcorrespondenz“ abgedruckt und wurde ich vor den Wählern als Patriot dargestellt. Und heute bin ich ein Mann, der nicht zu Kaiser und Reich steht! Mich läßt das kühl, ebenso wie Sie! Wir werden nach wie vor für Kaiser und Reich arbeiten, nach unserem Gewissen und unserer Ueberzeugung. Möge nur der Reichskanzler das Ansehen der Volksvertretung etwas höher schätzen! Wenn er die Volksvertretung für jeden nationalen Begeisterung baar erklärt, so schädigt er damit die Autorität eines der ersten Factoren im Reiche. Der Reichskanzler sagt, wir streben nach der eigenen Herrschaft. In keinem Parlament der Welt werden die Verdienste eines Staatsmannes so rückhaltlos erkannt, wie im deutschen Reichstag die Verdienste des Reichskanzlers! (Widerspruch rechts.) Aber der Reichskanzler ist eben nur zufrieden, wenn ihm von A bis Z beige stimmt wird, er duldet nicht die Ansicht selbstständiger Männer neben sich. So lange uns aber das Volk an diese Stelle beruft, werden wir nach Gewissen und Ueberzeugung dem Reichskanzler unsere Meinung sagen, auch wenn sie ihm nicht gefällt; — natürlich immer in der Form, welche die Ehrerbietung vor ihm gebietet. Er mag es uns nicht verargen, daß wir eine derartige Kritik, wie er sie heute im Parlamente ausübte, nicht ruhig hinnehmen können. Hat unsere Partei jemals ihre Mitglieder in amtlichen Stellen gehabt, wie die conservative? Hat sie den Anspruch erhoben, daß ihre Mitglieder zu Ministern erhoben werden? (Heiterkeit rechts.) Sie lachen darüber, wo sitzen denn die Landräthe, Regierungs-, Oberpräsidenten, Minister (Auf: Botschafter!), ja wohl, auch Botschafter? Sagen sie hier, oder bei Ihnen. Nicht um Personen handelt es sich hier, sondern um die Prinzipien, um welche wir kämpfen. Wir wollen, daß Deutschland liberal regiert wird, nicht dictatorial, wie der Reichskanzler einmal sagte. Der Reichskanzler mag es ja glauben, daß einige von uns an einer Verschwörung gegen ihn Theil hatten, ihn des Amtes zu entsetzen und den Minister Stosch an seine Stelle zu bringen. Wenn er solchen Dingen Glauben schenken will, dann verstehe ich seine heutigen Behauptungen von unserer Partei. Die deutschen Wähler und das Ausland denken in dieser Beziehung anders über uns. Noch nie in irgend einem Lande hat eine große Partei mit so hoher Selbstlosigkeit, ohne für sich etwas zu wollen, dem Vaterlande gedient wie die unsrige. Wir verlangen nichts, als nach unserer Ueberzeugung dem Lande zu dienen, und darüber werden wir uns von Niemandem Vorschriften machen lassen. Die Quittung, welche der Reichskanzler den deutschen Wählern ausgestellt hat, ist wider Erwarten ungünstig ausgefallen. Nach der Wahl erklärte man uns für vernichtet; heute scheint man doch anders zu denken; und wenn ich eine Prognose stellen sollte, so scheint es mir nach dieser Kritik des Kanzlers, als ob der Reichstag keines natürlichen Todes sterben wird. Denn einen so geschilderten Reichstag wird der Reichskanzler auf die Dauer nicht ertragen können. Der Reichskanzler erklärt dem Abg. Dänel gegenüber, er lasse sich durch die Majorität des Parlaments nicht imponiren. Früher hat der Reichskanzler uns selbst erklärt, allerdings in einer günstigeren

Zeit, daß ein jeder Minister verpflichtet sei, seine Politik im Einklang zu halten mit der Majorität der Volksvertretung. Im Jahre 1874 erinnerte er den Abg. Windthorst an den Eid auf die Verfassung, der ihm vorschreibe, daß in einem constitutionellen Staate dieser Einklang mit der Volksvertretung von dem Minister herbeigeführt werden müsse. Heute geht der Reichskanzler von seiner damaligen Meinung vollständig ab. Hoffentlich wird jene aber bei uns Staatsrecht werden und bleiben. Die Einschränkung der Reisefarten hat uns wegen verlegt, weil wir in unserm persönlichen Rechte etwas beeinträchtigt sind. Der Reichskanzler taxirt uns sehr gering, wenn er uns so kleinliche Motive unterschiebt; wir besprechen das nur, weil wir darin das Maß von Rücksicht vermissen, welches der Volksvertretung nothwendig zu Theil werden muß. Nur diesen Mangel an Rücksicht urgiren wir; die Rechtsfrage wird beim Etat erörtert werden. Die einseitige Aenderung durch den Bundesrath widerspricht offenbar der bisherigen Praxis. Die Bekanntmachung des Kanzlers, welche für den Statistil die Grundlage bildet, ist hervorgegangen aus einer Vereinbarung des Reichstags und Bundesraths. Es wurde mit den Eisenbahnen festgestellt, daß freie Fahrt auf allen Bahnen gewährt würde. Redner schließt mit nochmaligem Protest gegen die Kritik des Kanzlers; die deutschen Wähler werden darüber entscheiden, ob wir es tren mit der Sache des Vaterlandes und dem Kaiserhause meinen oder nicht! (Lebhafter Beifall links.)

Fürst v. Bismarck: Der Vorredner protestirt dagegen, daß ich eine Kritik über den Reichstag, seine Zusammensetzung und Parteien übe. In verfassungsmäßigen Staaten beruhen alle Beziehungen auf Gegenseitigkeit. Wollen Sie denn darauf verzichten, eine Kritik an meinen Ansichten zu üben, die ich hier offen zu Tage bringe? Ich werde fortfahren, mir die Freiheit des Wortes in keiner Weise verschranken zu lassen; ich glaube das dem deutschen Volke schuldig zu sein. Der Vorredner legte mir in den Mund, ich hätte drei Millionen Wählern die Treue für Kaiser und Reich abgesprochen. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, es giebt etwa 157 Abgeordnete von drei verschiedenen Fractionen, die für die Herrschaft von Kaiser und Reich kämpfen, nachdem ich vorausgeschickt hatte, Jeder kämpfe hier für irgend eine Herrschaft. Der Vorredner weist als einen fast beleidigenden Vorwurf zurück, daß ich behaupte, die Herren streben nach der Herrschaft; er hat das für eine Fabel erklärt, daß er ja selbst genannt worden wäre in einer Combination mit dem Ministerium Stosch. Ja, ist er genannt worden? mir sind noch mehrere genannt worden, nicht bloß Herr v. Stosch, sondern auch Leute, die damals meine Kollegen waren. Sie streben doch nach der parlamentarischen Regierung. Das ist Ihr offenes Programm. Sie streben danach, daß die Regierung sich der Majorität unterordnen soll. Die Majorität fällt natürlich den besten Rednern zu, und dazu rechne ich den Vorredner unter Andern, ich mache ihm mein Compliment und beneide ihn darum. (Heiterkeit.) Nun frage ich: ist das ein Streben nach Herrschaft oder nicht? Sie wollen gelegentlich herankommen; es ist unangenehm, wenn durch kaiserlichen Willen ein und dieselbe Regierung über 20 Jahre am Ruder bleibt. Ich habe Er. Majestät seit Jahren pergebens Vorschläge gemacht, es doch einmal mit einer andern Partei zu probiren, bloß damit wir sehen, wie

die Herren regieren werden; Se. Majestät haben kein Bedürfnis empfunden, diesen Versuch zu machen. — Ich habe lange nach einer kürzeren Bezeichnung für die neue Partei gesucht. „Deutschfreisinnig“ — das kann ich nicht über meine Lippen bringen, ich schäme mich der Unwahrheit, wenn ich das sage. Ich glaube, die Bezeichnung „demokratisch“ hat nichts Verhängliches; ich glaube, Sie sind stolz darauf, Demokraten zu sein, nur nicht „social“. Sie sind Antisocialdemokraten, oder Demokraten. Und was nun ein Republikaner ist, das ist eigentlich eine rein wissenschaftliche Definition. Was ist denn das unterscheidende Kennzeichen zwischen Republik und Monarchie? Doch durchaus nicht die Erblichkeit des Präsidenten. Die polnische Republik hatte einen König, er hieß König und war unter Umständen erblich. Die englische aristokratische Republik hat einen erblichen Präsidenten, der König oder Königin ist; aber in den Begriff einer Monarchie nach deutscher Definition paßt die ganze englische Verfassung nicht. Ich rechne eine Verfassung noch zu den monarchistischen, wo, wie bei uns, die Zustimmung des Königs zu den Gesetzen erforderlich ist, wo der König das Veto hat und das Parlament ebenfalls. Wo der König gezwungen werden kann von Seiten einer abstimmenden Majorität, da ist die Verfassung republikanisch. Der Vorredner hat mir Undankbarkeit vorgeworfen für das Entgegenkommen, welches das Parlament mir erzeigt hätte. Ja, meine Herren, in Worten ganz außerordentlich! Damit ist mir aber nicht geholfen. Sie haben mich in meiner Politik anhaltend und nachhaltig nicht unterstützt. Vorübergehend hat mich jede Partei unterstützt und im Stich gelassen. Wenn ich keinen Widerspruch ertrüge — 23 Jahre stehe ich auf dieser Stelle — müßte ich längst todt sein. Ich habe im Widerspruch von Anfang bis zu Ende gelebt; und wenn ich mich jedesmal der Majorität des Landtags und des Reichstags hätte fügen wollen, wo wären wir?! (Bravo! rechts.) Der Vorredner sagte, er wolle nur, daß liberal regiert wird. Aber durch wen soll regiert werden? Doch durch die Liberalen! Ich glaube, daß ich mich sehr liberal, viel liberaler als es häufig den conservativen Parteien angenehm gewesen ist, in vielen Richtungen betheätigt habe. Was der Herr Vorredner versteht unter „liberal regieren“ heißt doch nur durch die liberale Partei regieren. Das nenne ich nach der Herrschaft streben. Der Herr Abgeordnete hat mit einer solchen Stimme, die ich mit fester Schrift gleichbedeutend finde, gesagt: wir lassen uns keine Vorschriften machen. Wo befinde ich mich denn nun in der Lage, dem Herrn Abgeordneten Vorschriften zu machen? Gerade umgekehrt wäre ich im Recht, wenn ich sagte: ich lasse mir von dem Abg. Richter nicht Vorschriften machen. Ich befinde mich hier einer Majorität gegenüber, die nur in der Negation einig ist, aber nicht in dem ersten Schritt zu einem Vorschlage nach vorwärts. Das ist die Hoffnungslosigkeit, über die ich klage, mit der ich mich aber auch abfinden werde. Der Bundesrath repräsentirt die gesammten deutschen Regierungen. Ich rathe Ihnen, suchen Sie ebenso, wie ich die Uebereinstimmung mit dem Parlament und seiner Mehrheit suche, die Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Bundesraths und der deutschen Regierungen; wir werden uns dann beiderseits finden und auf dem Wege der Gesetzgebung fortwärtigen können. Wenn aber Einer dem Andern seinen Willen als Gesetz auferlegt, dann werden wir nicht vorwärts kommen, sondern werden die Gesetzgebung des deutschen Reichs lahm legen. Es

wird aber folgen, wenn die Theorien, die der Abg. Richter eben über unsere Verfassung entwickelte, jemals praktisch zur Wahrheit werden sollten. Zur Herrschaft werden sie nicht gelangen, davor ist mir nicht bange; aber lassen Sie nicht eine Ueberzeugung in die Wähler eindringen, als ob den Wählern an ihrem Rechte eine gewisse Verkürzung geschehe, wenn der Reichstag nicht die allein herrschende Körperschaft in diesem Lande ist; — das ist er nicht und wird er nicht werden. (Bravo!)

Abg. Richter (Hagen): Nicht unsere Partei hat zu dieser Debatte Anlaß gegeben, sondern der Bundesrath war es, durch sein einseitiges Vorgehen; indem er eine seit jetzt zehn Jahren bestehende Einrichtung plötzlich änderte, indem er dabei einmal den Ablauf des Staatsjahres abwartete, obwohl doch jene Einrichtung durch den Etat des Reichstages festgestellt war. (Fürst Bismarck verläßt den Saal.) Das einseitige Vorgehen des Bundesrathes hat uns gezwungen, den von uns dabei von jeher angenommenen grundsätzlichen Standpunkt in Form eines Initiativantrages hier zu vertreten. (Sehr richtig! links.) Das ist kein Angriff auf den Bundesrath, kein Eingriff in dessen verfassungsmäßige Rechte, sondern es ist der verfassungsmäßige Gebrauch des Rechts des Gesetzesvorschlags, das wir nach der Verfassung besitzen. Der Reichskanzler stellt sich immer so an, als ob er der constitutionellste parlamentarische Minister sein würde, wenn nur große Parteien im Hause vorhanden wären. Noch im Jahre 1882 hat er uns, der linken Seite, anempfohlen, aus zwei Parteien eine größere zu werden; aber gerade seit unserer Vereinigung sind wir für ihn das Ziel noch weit heftigerer Angriffe geworden. Sogar unsere äußere Parteibezeichnung ist fortgesetzt Gegenstand der Bemängelungen. Im gewöhnlichen Leben pflegt man von denjenigen, welche ihre Ausführungen an äußere Namen anknüpfen, anzunehmen, daß sie ihrer Polemik nicht gerade inhaltreiche Gedanken zu geben im Stande sind. (Sehr gut!) Der Reichskanzler wirft uns vor, nach der Herrschaft zu streben. Allerdings streben wir nach der Herrschaft unserer Grundsätze: das muß jede Partei, die nicht eine persönliche Clique vorstellt. Viele Jahre hindurch haben wir die Gesetzgebung des Reichskanzlers, insbesondere seine Wirtschaftspolitik, unterstützt, ohne jemals es zur Bedingung zu machen, daß Dieser oder Jener von unserer Seite dafür Minister würde. Jetzt ist eben die Wirtschaftspolitik des Kanzlers eine andere geworden. Der Reichskanzler sagt, die Mehrheit des Reichstages ist nicht für Herrschaft von Kaiser und Reich; er verwechselt seine eigene Person und seine jeweilige Politik mit Kaiser und Reich. (Sehr richtig! links.) Was nicht nach seiner Peise und nach den jeweiligen Melodien derselben tanzen will, das ist bei ihm gegen Kaiser und Reich. Petat c'est moi! sprach einst Ludwig XIV., ganz dasselbe, wie wir es heute vom Reichskanzler gehört haben, nur in anderer Form. Wenn das Ausland wirklich auf Grund dieser Autorität die Meinung gewinnen sollte, daß in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung gegen Kaiser und Reich sei, so würde das Ansehen des deutschen Reiches im Auslande dadurch mehr geschädigt werden, als auch die meisterhafteste Diplomatie je wieder gut machen könnte. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler lasse sich vom Reichstag nicht imponiren; er habe sich auch von Europa nicht imponiren lassen. Als Wellington einst im englischen Parlament einen absolutistischen Ton anschlug, da wurde ihm geantwortet: „Sieger von Spanien, Sieger von Waterloo, Du sollst nicht Sieger sein über das englische Volk. Du sollst nicht Deinen Fuß auf seinen Nacken setzen!“ (Sehr gut! links.) Gerade jetzt, wo wir unmittelbar aus den Wahlen kommen, haben wir den vollen Anspruch darauf, die Ansichten des Volks vor dem Reichskanzler zu vertreten. Wie kann der Reichskanzler sich einem solchen Reichstag gegenüber auf andere Ansichten im Volke berufen? Was ist die Consequenz der heutigen Äußerungen des Reichskanzlers? Die Wiederherstellung des Absolutismus, die Aufhebung der ganzen Volksvertretung und die Uebertragung der Dictatur auf den Reichskanzler, wenigstens für dessen Lebenszeit!

(Sehr richtig! links.) Die Rede des Reichskanzlers von heute wird nicht im Volk das Bild wiedergegeben von dem großen Staatsmann, als welchen man gewohnt ist den Fürsten Bismarck zu betrachten; nein, das ist das Bild des kleinen Edelmannes von 1847, der zu den Idealen seiner Jugend, zu seinen absolutistischen Anschauungen wieder zurückkehrt. In der Thronrede heißt es, die Regierung des Kaisers erachtet es für ihre vornehmste Aufgabe, Bürgschaften für den inneren Frieden im Lande herzustellen. Niemand konnte dem Geist dieser Thronrede mehr zuwiderhandeln, als heute der Reichskanzler. Dieser Angriff auf Reichstag und Volk ist ganz dazu angethan, im Widerspruch mit den Worten der Thronrede den Geist der Zwietracht und der Uneinigkeit allenthalben auslodern zu machen. (Lebhafter Beifall links.)

Damit schließt die Debatte. In namentlicher Abstimmung wird der § 1 mit 180 gegen 99 Stimmen angenommen. Gegen denselben stimmen die Deutschconservativen, die Reichspartei und einige Nationalliberale. Die §§ 2 und 3 werden mit derselben Majorität angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag. (Etat und Anleihegesetzentwurf.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 26. Novbr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, auf Termine matt, für November 152 Br., 151 Gd., für April-Mai 161 Br., 160 Gd. — Roggen loco ruhig, auf Termine still, für Novbr. 123 Br., 122 Gd., für April-Mai 124 Br., 123 Gd. — Hafer fest. — Gerste ruhig. — Rüböl ruhig, loco 54, für Mai 55. — Spiritus unveränd., für November 34 1/2 Br., für Dezbr.-Januar 34 1/4 Br., für Januar-Februar 34 1/4 Br., April-Mai 34 1/4 Br. — Kaffee fest, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum still, Standard white loco 7,55 Br., 7,45 Gd., für November 7,40 Gd., für Januar-März 7,60 Gd. — Wetter: Thauwetter.

Bremen, 26. Novbr. (Schlußbericht.) Petroleum ruhig. Standard white loco 7,30—7,25 bez., für Dez. 7,30—7,25 bez., für Januar 7,40 Br., für Februar 7,45 Br., für März 7,50 Br.

Amsterdam, 26. Novbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine höher, für November —, für März 208. — Roggen loco flauer, auf Termine unveränd., für März 156, für Mai 155. — Raps für Herbst — fl. — Rüböl loco 30, für Dezember 29 1/2, für Mai 31 1/4.

Antwerpen, 26. Novbr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco 18 1/4 bez. und Br., für Dezember 18 1/4 Br., für Januar 18 1/2 Br., für Januar-März 18 1/2 Br. Ruhig.

Paris, 26. Nov. Rohzucker 88° träge, loco 34,00 bis 34,25. Weißer Zucker weich, Nr. 3 für 100 Kilogr. für Nov. 41,00, für Dezember 41,25, für Januar-April 42,00, für März-Juni 42,75.

Paris, 26. Novbr. (Schlußbericht.) Productenmarkt. Weizen matt, für Novbr. 21,40, für Dezbr. 21,00, für Januar-April 21,40, für März-Juni 22,10. — Roggen träge, für November 16,40, für März-Juni 17,00. — Mehl 9 Marques weich, für Novbr. 45,30, für Dezbr. 45,25, für Januar-April 45,50, für März-Juni 46,25. — Rüböl beht, für November 65,75, für Dezember 65,75, für Januar-April 67,50. — Spiritus beht., für November 42,75, für Dezember 43,00, für Januar-April 43,75, für Mai-August 45,00. — Wetter: Kalt.

Paris, 26. Novbr. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 80,37 1/2, 3% Rente 79,00, 4 1/2% Anleihe 108,62 1/2, Italienische 5% Rente 97,67 1/2, Oesterreichische Goldrente 86 1/2, 6% ungar. Goldrente —, 4% ungar. Goldrente 80, 5% Russen de 1877 100, III. Orientanleihe —, Franzosen 638,75, Lombard. Eisenbahn-Actien 318,75, Lombard. Prioritäten 307,00, Türken de 1865 8,57 1/2, Türkenloose 46,75, Credit mobilier 247, Spanier neue 50%, Banque ottomane 602, Credit foncier 1305, Ägypter 321, Suez-Actien 1905, Banque de Paris 725, Banque descompte 521, Wechsel auf London

25,28 1/2, Foncier ägyptien —, Tabaksactien 523,75, 5% privileg. türk. Obligationen 387,50.

London, 26. Novbr. Consols 100% 4% prensk. Consols 102 1/2. 5% italien. Rente 96 1/2. Pombardeu 12 1/2. 3% Pombardeu, alte. — 3% Pombardeu neue, — 5% Russen de 1871 94 1/2. 5% Russen de 1872 94, 5% Russen de 1873 96. 5% Türken de 1865 8 1/2. 4% fundirte Amerikaner 126. Oesterr. Silberrente 69. Oesterr. Goldrente 85 1/2, 4% ungar. Goldrente 79. Neue Spanier 59 1/2. Unif. Ägypter 63 1/2. Ottomanbank 13 1/2. Suezactien 75. — Silber —. Platzdiscount 4 1/4 %.

London, 26. Novbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 5770, Gerste 5640, Hafer 9660 Orts. Weizen ruhig, stetig, angekommener australischer Weizen zu 34 1/2 Käufer, Mehl träge, Hafer 1/4 sh. theurer, Mais fest, knapp, Gerste ruhig.

London, 26. Novbr. An der Küste angeboten 2 Weizenlabungen. — Wetter: Frost.

London, 26. Novbr. Havannazucker Nr. 12 14 nom., Rüben-Rohzucker 10 1/2 träge.

Newyork, 25. Novbr. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94 1/2, Wechsel auf London 4,81 1/2, Cable Transfers 4,85 1/2, Wechsel auf Paris 5,26 1/2, 4% fundirte Anleihe von 1877 122 1/2, Erie-Bahn-Actien 14, Newyorker Centralb.-Actien 89, Chicago-North Western-Actien 91 1/2, Lake-Shore-Actien 67 1/2, Central Pacific-Actien 34 1/2, Northern Pacific-Preferred-Actien 41 1/2, Louisville und Nashville-Actien 25 1/2, Union Pacific-Actien 51, Central-Pacific-Bonds 109 1/4. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10 1/2, do. in New-Orleans 10 1/2, raff. Petroleum 70 % Abel Test in Newyork 7 1/2 Gd., do. do. in Philadelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum in Newyork 6 1/2, do. Pipe line Certificates — D. 71 1/4 C. — Mais (New) 50. — Zucker (Fair refining Muscovades) 4,75. — Kaffee (fair Rio-) 9,80. — Schmalz (Wilcox) 7,50, do. Fairbanks 7,75, do. Rohe und Brothers 7,55. Sved 6 1/2. Getreidefracht 6 1/4.

Newyork, 26. Novbr. Wechsel auf London 4,80 1/4. Rother Weizen loco 0,83, für November —, für Dezember 0,81 1/2, für Januar 0,83 1/2. Mehl loco 3,15. Mais 0,49 1/2. Fracht 6 1/4 d.

Productenmärkte.

Königsberg, 26. November. (v. Portatius u. Grothe.) Weizen für 1000 Kilo hochbunter 127 1/2 145,75, 134 1/2

best. 148,25, 128/98 150,50, 129 1/2 151,75, 132 1/2 153 M bez., bunter russ. 122 1/2 125,75, 124 1/2 125,75, 127, 125 1/2

bisp. 124,75 M bez., rother russ. 129 1/2 117,50 M bez. — Roggen für 1000 Kilo inländischer 123 1/2 126,25, 127 1/2

131,25, 129 1/2 133,75 M bez., russ. 121 1/2 113,75 M bez., für Novbr. 127 1/2 M Gd., für Frühjahr 127 1/2 M Gd.

— Gerste für 1000 Kilo große 128,50, 131,50, 135,75 M bez., kleine 121,50 M bez. — Hafer für 1000 Kilo loco 120, 122, 124 M bez., für Novbr. 120 M Gd., für Frühjahr 124 M Gd. — Erbsen für 1000 Kilo

weiße 133,25, 137,75, 140, 142,25 M bez. — Wicken für 1000 Kilo 133,25, 135,50, 136,50, 137,75 M bez. — Buchweizen für 1000 Kilo russ. 97 M bez. — Lein-

saat für 1000 Kilo feine 193 M bez., mittel 168,50 M bez. — Rüben für 1000 Kilo Dotter russ. 125, 127,75 M bez., Hanfsaat russ. 208, 210 M bez. — Spiritus für 10000 Liter % ohne Faß loco 42 1/2 M bez., für Novbr. 42 1/2 M Br., für Nov.-März 43 M Br., für Frühjahr 44 M Gd., für Mai-Juni 45 1/4 M Br., für Juni 46 1/4 M Br., für Juli 47 1/4 M Br., für August 47 1/4 M Br. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 26. Novbr. Getreidemarkt. Weizen flau, loco 145,00—155,00, für November = Dezember 153,00, für April-Mai 163,00. — Roggen matt, loco 132 bis 136, für November-Dezember 136,00, für April-Mai 139,00. — Rüböl unveränd., für Nov.-Dezember 51,00, für April-Mai 52,50. — Spiritus geschäftl., loco 41,40, für Novbr. 41,30, für November-Dezember 41,30, für April-Mai 44,10. — Petroleum loco 8,60.

Berlin, 26. November. Weizen loco 142—173 M, für November 152 1/2—152 M bez., für Nov.-Dezember 152 1/2—152 M bez., für April-Mai 161—160 1/2 M bez., für Mai-Juni 163—162 1/2 M bez., für Juni-Juli 165—164 1/2 M bez. — Roggen loco 138—144 M bez., guter inländischer — M, russ. — M ab Boden bez., polnischer — M ab Bahn bez., für November 140 1/2—141—140 1/2 M bez., für Nov.-Dez. 140 1/2—141—140 1/2 M bez., für Dez.-Jan. 140 1/2—140 1/2 M bez., für April-Mai 140 1/2—140 1/2 M bez., für Mai-Juni 141—140 1/2 M bez. — Hafer loco 129 bis 160 M, Ost- und Westpr. 138 bis 143 M, Pommercher, Udermärtscher und Mecklenburger 138—143 M, Schlef. und Böhm. 138—143 M, feiner Schlefischer, Mährischer und Böhmischer 144—147 M, Russischer 131—136 M ab Bahn bez., für November 133 M, für Nov.-Dezbr. 129 1/2 M bez., für April-Mai 132 1/2—133—132 1/2 M bez., für Mai-Juni 133 1/2 M bez. Gerste loco 127 bis 185 M — Mais loco 127—135 M, Donau-Mais — M ab Bahn bez., für Novbr. 128 1/2 M, für Novbr.-Dezbr. 127 1/2 M, für Dezbr.-Jan. — M, für April-Mai 115 1/2 M, für Mai-Juni 115 1/2 M, für Juni-Juli 117 1/2 M — Kartoffelmehl loco 19,00 M, für Nov. 19 M, für November-Dezbr. — M, für Dezbr.-Jan. — M, für Januar-Februar, Februar-März und März-April — M, für April-Mai 19,25 M — Trockene Kartoffelstärke loco 18,50 M, für Novbr. 18,50 M, Novbr.-Dezbr. — M, für Dezbr. = Januar — M, für April-Mai 19 M, für Mai-Juni — M bez. — Erbsen loco für 1000 Kilogr. Futterwaare 141—150 M, Kochwaare 160—210 M — Weizenmehl Nr. 00 23,50—21,50 M, Nr. 0 21,50—20 M, Nr. 0 u. 1 20 bis 19 M — Roggenmehl Nr. 0 20,75—19,25 M, Nr. 0 u. 1 19,25 bis 18 M, ff. Marken 21 M, für Nov. 19,15 M bez., für Nov.-Dez. 19,10—19,45 M bez., für Dezember-Januar 19,10—19,15 M bez., für April-Mai 19,45 M bez., für Mai-Juni — M bezahlt. — Rüböl loco ohne Faß — M bez., für Novbr. 51,6 M bez., für Novbr.-Dezbr. 51,6 M bez., für April-Mai 53 M bez., für Mai-Juni — M bez. — Leinöl loco 48 M — Petroleum loco — M bez., für Novbr. — M, für Nov.-Dezbr. — M, für Februar-März — M bez. — Spiritus loco ohne Faß 43,1—43—43,1 M bez., für November 43—42,7 M bez., für November-Dezember 43—43,2 M bez., für Dezbr.-Januar — M bez., für Jan.-Febr. — M bez., für April-Mai 44,5—44,7 M bez., für Mai-Juni 44,7—44 M bez., für Juni-Juli 45,6—45,7 M bez., für Juli-August 46,2—46,4 M bez.

Magdeburg, 25. Nov. Zucker. (Offizieller Bericht.) Tendenz: Günstiger für prompte Exportzucker. Granulirte — M, Krystallzucker I. 24,75 M incl. sive, Krystallzucker II. 24,00 M incl., Kornzucker von 96 % 19,30—19,60 M excl., Kornzucker von 95 % 18,60—18,80 M excl., Kornzucker Rend. von 88 % 18,60—18,90 M excl., Nachproduct von 88—92% 15,00—17,80 M excl.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 26. November. — Wind: W. Angekommen: Catharina, Anderson, Westermitt, Steine.

Gefegelt: Agdar (SD.), Hansen, Christiansand, Getreide.

27. November. Wind: NW. Angekommen: Marshal Keith (SD.), Cameron, Peterhead, Heringe.

Gefegelt: Stoly (SD.), Marx, Kopenhagen, Getreide. — Premier (SD.), Menzies, London, Zucker.

Im Ankommen: Dampfer „Piermont“ und vier Schiffe.

Zhorn, 26. November. — Wasserstand: 0,44 Meter. Wind: W. — Wetter: Frost, stürmisch, auch Schneegestöber, ziemlich starker Eisgang.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Theile: H. Adner für den lokalen und provinziellen Theil, die Handels- und Schiffsnachrichten: H. Klein — für den Zusatzenhalt: H. W. Raftmann; sämtlich in Danzig.